:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 10.1.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Differenzen bei „Pro"

KÖLN/BERLIN. In einem Interview hat Markus Beisicht, Vorsitzender der sog. „Bürgerbewegung pro NRW" und zugleich der „Bürgerbewegung pro Köln", Mitte Dezember vergangenen Jahres Bestrebungen innerhalb der „Pro"-Bewegung für eine Kandidatur zur kommenden Bundestagswahl eine Absage erteilt. Die „Pro"-Bewegung stehe „für einen Parteiaufbau nach dem Graswurzelprinzip", so Besicht. „Andere mögen mit bundesweiten Geisterarmeen und Scheintruppen agieren und im 0 % Getto landen", giftet Beisicht und schiebt hinterher: „Wir hingegen stehen für einen seriösen Parteiaufbau von unten nach oben". „Andere", nämlich die „Bürgerbewegung pro Deutschland" um den ehemaligen „Pro Köln"-Stadtrat Manfred Rouhs, hatten im November 2012 in Dresden beschlossen, an der kommenden Bundestagswahl teilzunehmen (*siehe AN 25-2012*). Mittlerweile wurden auch schon die Landeslisten aufgestellt. Diese sehen recht kümmerlich und nach Personalmangel aus. In einigen Bundesländern muss gar auswärtiges Personal aushelfen. Die lediglich dreiköpfige Landesliste in Nordrhein-Westfalen führt Manfred Rouhs selbst an. Bekannte „pro NRW"-Aktivisten fehlen. Dabei gehören dem Bundesvorstand von „pro Deutschland" auch der „pro NRW"-Aktivist Nico Ernst (Bonn) und die „Pro Köln"-Bezirksvertreterin Regina Wilden an. Unter den Kandidaten der Landeslisten finden sich ebenfalls ehemalige Funktionäre der mittlerweile mit der NPD fusionierten „Deutschen Volksunion" (DVU). „pro NRW"-Chef Beisicht scheint hingegen auf Zeit zu setzen. Die Voraussetzung für einen Erfolg bei einer Landtagswahl sei zunächst „die Schaffung einer kommunalen parlamentarischen Verankerung vor Ort", so Beisicht. Um 2017 eine Chance auf den Einzug in den NRW-Landtag zu haben, müsse bei den NRW-Kommunalwahlen im Jahr 2014 ein „bahnbrechender Erfolg" gelingen. Mit 10 bis 15 Großstadtfraktionen und einer ergänzenden kommunalen Verankerung in weiten

Aus dem Inhalt:

NSU-Umfeld bereitet Neonazifestival vor

Das neue Jahr hat gerade begonnen, da planen Thüringer Neonazis aus dem Umfeld von NSU-Helfer Ralf Wohlleben das nächste Rechtsrock-Festival mit mehreren Hundert Teilnehmern für den kommenden Sommer nahe Jena", informiert Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Die Abgeordnete hatte eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu den Hintergründen der Veranstaltung gestellt, die Antwort liegt mittlerweile vor. Demnach bereiten Neonazis das 12. Mal in Folge ihre neonazistische Musikveranstaltung zum so genannten „Thüringentag der nationalen Jugend" am 8. Juni 2013 in Kahla vor. 300 Neonazis erwarten die Veranstalter am Platz „Auf dem Gries" – so viele waren es auch 2012 in Meiningen, etwa 800 Teilnehmer 2011 in Sondershausen, in der Vergangenheit oft unter der Schirmherrschaft der NPD.

Die Landesregierung hat auch die Namen von drei Verantwortlichen für die Veranstaltung genannt, welche allesamt aus der neonazistischen Kameradschaftsszene von Saalfeld bzw. Kahla stammen. Frau König ergänzt dazu: „Der Anmelder des Neonazi-‚Thüringentages' 2013 organisierte im Frühling 2012 ein Solidaritätskonzert für den inhaftierten NSU-Unterstützer Wohlleben in Saalfeld. Der geplante Versammlungsleiter initiierte eine Facebook-Kampagne und Spendensammlungen für Wohlleben. Der stellvertretende Versammlungsleiter ist führend bei der Neonazi-Gruppierung ‚Freies Netz Kahla', welche für eine Vielzahl von rechten Propagandadelikten in Kahla verantwortlich ist und vor wenigen Wochen ein Solidaritäts-Transparent für jenen NSU-Helfer auf offener Straße hisste." Alle drei Verantwortlichen sind der Abgeordneten auch im Zusammenhang mit gewalttätigen Übergriffen bekannt geworden, darüber hinaus waren mindestens zwei von ihnen im Visier der Sonderkommission „Feuerball", die auch Telefone überwachte und Hausdurchsuchungen wegen neonazistischen Anschlagsplanungen im Herbst 2010 durchführte. Der Anmelder des „Thüringentages" 2013 wurde erst am 6. Juni 2012 mehrere Tage wegen „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat" verhaftet.

„Mit rechten Konzertveranstaltungen, wie dem ‚Thüringentag der nationalen Jugend' oder ‚Rock für Deutschland' versucht die Szene, über braune Erlebniskultur nicht nur Nachwuchs zu rekrutieren und neonazistische Ideologie zu verfestigen, sondern auch Gelder zu erwirtschaften, deren weitere Wege in der Regel nicht mehr nachvollziehbar sind", konstatiert Katharina König. Nach Schätzungen der Abgeordneten belaufen sich die als „Spenden" getarnten Eintrittsgelder für größere Neonazi-Festivals in Thüringen auf eine sechsstellige Summe. Die Landesregierung beziffert derartige „Spenden"-Einnahmen der rechten Szene alleine bei zwei „Thüringentag"-Veranstaltungen in Sondershausen auf 14 700 Euro.

„Vor dem Hintergrund, dass Kahla seit Jahren ein Schwerpunkt von neonazistischen Aktivitäten, Sprühereien und Übergriffen ist und mittlerweile auch eine Reihe von Neonazis aus dem Umfeld des ‚Braunen Haus Jena' in die Kleinstadt verzogen sind, hoffe ich, dass sich auch vor Ort viele Menschen dem Problem endlich bewusst werden und sich den Neonazis auch bei dem Rechtsrock-Festival konsequent in den Weg stellen", so Frau König.

PM Katharina König, MdL DIE LINKE Thüringen

http://haskala.de/2013/01/02/nsu-unterstutzerumfeld-bereitet-neonazi-festival-vor/

ROCK(T) GEGEN RECHTS!

Unwillig, zur Aufklärung beizutragen

Wolfgang Schäuble vor dem NSU-Ausschuss

Unwillig, abweisend, aggressiv – das war der Eindruck den der frühere Innen- und heutige Finanzminister Wolfgang Schäuble als letzter Zeuge des NSU-Untersuchungsausschusses am 14. Dezember hinterließ. Schäuble war von 2005 bis 2009, also während eines Teils der Mordserie des NSU, Innenminister und damit verantwortlich für die Sicherheitsorgane des Bundes.

Direkt befasst mit der Mordserie war er nur im Jahr 2006, als es nach den Morden acht und neun in Dortmund und Kassel noch einmal um die Frage ging, ob die Ermittlungen nicht von einer zentralen Ermittlungsbehörde und damit vom BKA übernommen werden sollten. Das BKA wollte übernehmen, Bayern und die anderen Länder, in denen die Ermittlungen geführt wurden, wollten nicht abgeben. Anlässlich der Innenministerkonferenz im Frühjahr 2006 einigte man sich auf ein Verfahren mit dem die zentralen Mängel der Ermittlungen – eben ihre Zersplitterung – nicht abgestellt wurden. Bis zur Ministerebene ist dieser Streit nie gelangt und wer Schäuble heute vorhält, er hätte die Ermittlungen qua Ministerentscheid und auch gegen die Länder dem BKA zuschustern sollen, verkennt, dass das BKA eine der Bastionen für die Beibehaltung der falschen Ermittlungsrichtung „Organisierte Kriminalität" war.

Interessanter und stärker die Verantwortung Schäubles tangierend war da schon die Zusammenlegung der Abteilungen Rechts- und Linksextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Jahr 2006 – gegen den ausdrücklichen Rat des BfV-Präsidenten Fromm, der darin einen Schwächung des Bereiches Rechtsextremismus sah. Schäuble verteidigte seine damalige Entscheidung, die auch der maßgeblich von ihm betriebenen Islamismushysterie geschuldet war. Um die Abteilungen zum Thema Islamismus auszubauen habe man an anderer Stelle kürzen müssen, so Schäuble. Keinerlei Bereitschaft gab es beim Zeugen, über die Frage, ob und warum man die tödliche Gefahr von rechts so sehr unterschätzte, nachzudenken. Rechtsterrorismus war auch unter Schäuble nie ein ernstes Thema. Gebetsmühlenartig und wie ein Dogma verkündeten die vom Innenminister Schäuble politisch verantworteten Behörden, Nazis würden Waffen nur aus Sammlerzwecken horten, seien zu unorganisiert für gezielten Terror und würden höchstens als Einzeltäter Gewalt ausüben. Eine fatale Fehleinschätzung wie wir heute wissen, wie man vielleicht aber auch schon früher hätte wissen können.

Politische Diskussionen, so Schäuble, wolle er nicht führen, Aussagen nur zu Dingen aus seiner direkten Erinnerung an die Ceska-Mordserie machen – die jedoch gegen null gingen. So war der Minister nicht bereit, über mögliche Veränderungen als Folgen aus dem NSU-Desaster zu sprechen. Die Ankündigung der Kanzlerin, ihre Regierung würde alles tun, um die NSU-Taten aufzuklären und Folgerungen daraus zu ziehen, wurden von Schäuble ganz offensichtlich nicht verstanden. Bis zum Ende seiner Zeit als Innenminister 2009 waren schon mehr als 13 000 Menschen Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten geworden, mehr als 130 Menschen wurden durch Nazis getötet. Für Schäuble war all das jedoch kein Anlass, in besonderer Weise auf die Gefahren von rechts hinzuweisen. Während er als Innenminister angesichts der islamistischen Bedrohung vor möglichen Atomangriffen durch Islamisten warnte und vom „Feindstrafrecht" und dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren schwadronierte, fanden die ganz realen Taten von rechts in seiner Amtszeit keine besondere Beachtung. Vorzuwerfen habe er sich jedoch nichts, so das Fazit des Ministers.

Einen einzigen bemerkenswerten Satz gab Schäuble in vier Stunden Vernehmung von sich: Auf die Frage ob er glaube, die Ermittlungen zur Mordserie seien anders verlaufen, wenn es sich bei den Opfern z.B. um Bankmanager gehandelt hätte sagte er: „ Ich möchte es nicht glauben", womit er ein einziges Mal Raum für eigene Zweifel ließ.

Der Untersuchungsausschuss wird sich ab Januar 2013 mit dem Abtauchen des NSU-Trios 1998-2002 und zunächst mit der Situation in Thüringen befassen. Die erste (öffentliche) Sitzung 2013 findet am 17. Januar statt.

Gerd Wiegel ■

Teilen NRWs sei 2017 „alles möglich", meint Beisicht. Für die Europawahlen 2014 erhofft sich Beisicht in enger Absprache mit den „europäischen Freunden" eine „Bündelung diverser seriöser freiheitlicher und islamkritischer Plattformen und Parteien" zu erreichen und dann „vereint und schlagfertig mit PRO als einem wesentlichen Mitspieler das Europaparlament zu entern". *hma* ■

Klage erhoben

ITALIEN/SÜDTIROL. Die Staatsanwaltschaft in Bozen hat Anklage gegen vier maßgebliche Personen der „Laurin-Stiftung" erhoben. Peter Kienesberger (Nürnberg), Erhard Hartung (Innsbruck), Walter Stirner (Meran) und Karl Lobis (Ritten) wird vorgeworfen, gegen italienische Gesetze im Bereich des Bank- und Kreditwesens verstoßen zu haben. Zwar sitze die Stiftung in Liechtenstein, doch seien die Anträge auf Kredite oder Bürgschaften im Bozener Büro der Stiftung eingegangen, so die Bozener Staatsanwaltschaft. *hma* ■

Wilders besucht NRW

NRW. Der niederländische Rechtsausleger Geert Wilders will am 2. Februar sein neues Buch in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Dies erfolgt auf Einladung der „Bürgerbewegung Pax Europa". Im Anschluss an die Vorstellung des Buches „Zum Abschuss freigegeben" soll eine Pressekonferenz stattfinden. Der genaue Ort der Veranstaltung werde „aus Sicherheitsgründen" den „vorab angemeldeten Gästen und Journalisten erst kurzfristig bekanntgegeben", schreiben die Veranstalter. Wilders hatte unlängst in Zusammenhang mit dem gewaltsamen Tod eines niederländischen Linienrichters geäußert, dass dies nicht nur ein Fußballproblem, sondern in erster Linie ein Marokkanerproblem sei. *hma* ■

Urteile im Grazer Neonazi-Prozess

ÖSTERREICH. In Graz standen seit Mai dieses Jahres zehn Männer wegen mehrerer mutmaßlicher Verstöße gegen das Verbotsgesetz vor Gericht. Dem Hauptangeklagten Franz Radl jun. warf die Staatsanwaltschaft vor, mit einschlägigen Aufklebern vor Schulen und mit einer Homepage für den Holocaustleugner Gerd Honsik neonationalsozialistische Propaganda betrieben zu haben. Radl, seit mehr als 20 Jahren führender Kader des österreichischen Neonazismus, zeichne laut Staatsanwalt eine „besondere Gefährlichkeit" aus, da er „neue Nazis" heranzieht (*Der Standard, 5.12.2012*). Die Geschworenen folgten dem nur teilweise und verurteilten Radl zu einer 24-monatigen Haftstrafe, davon acht Monate unbedingt.

Neben Radl stand der ehemalige Burschenschafter und Funktionär des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFJ), Richard P., im Zentrum der Verhandlung, wobei seine Rolle in der lokalen Neonaziszene und seine Kontakte zur gegenwärtig in Wien vor Gericht stehenden Gruppe um Gottfried Küssel unterbelichtet blieben. Dementsprechend mild fiel auch seine Verurteilung aus – 24 Monate Haft, auf

Fortsetung Seite 4

Magdeburg Nazifrei

Das Bündnis Magdeburg Nazifrei geht auf der Grundlage konkreter Hinweise weiterhin vom 12.1.2013 als Termin des Naziaufmarsches aus. Der von den Nazis ausgewiesene Treffpunkt ist der Magdeburger Hauptbahnhof. Ein Aufmarsch am 19.1.2013 kann nicht ausgeschlossen werden, wird seitens der Nazis aber nicht intensiv beworben und auch deshalb – wenn er überhaupt stattfindet – weniger Nazis auf die Straße bringen. Der Termin am 12.1.2013 ist unser Fixpunkt. Auch weil Andy Knape am 12.1. als Anmelder wie Redner auftritt und über das größere Mobilisierungspotenzial als der Anmelder vom 19.1.2013 verfügen wird. Die Kampagnenseite zum Aufmarsch kündigt einen Vortreffpunkt an und bittet ausdrücklich um vorherige Kontaktaufnahme der Reisegruppen zur veranstaltenden Initiative gegen das Vergessen.

Unser Szenario I „Hauptbahnhof" steht: Wir werden am 12.1.2013 bereits die Auftaktkundgebung der Nazis blockieren. Bis jetzt soll das der Hauptbahnhof sein. Darauf sind wir vorbereitet. Um eine sichere Anreise zu gewährleisten, mobilisieren wir zur **Ankunft um 9 Uhr am Hauptbahnhof**.

Warnung, Tipps & Tricks

Wir warnen an dieser Stelle ausdrücklich vor Polizeigewalt an diesem Tag. Das aggressive und konfrontative Verhalten der Polizei – Erfahrungen aus den Vorjahren – können wir nicht ändern. Die Magdeburger Hundertschaften sind berüchtigt für ihre brutale Konfrontationshaltung und sie verhalten sich auch fern der Route aggressiv. Wir müssen damit rechnen, dass die Cops uns mit Gewalt vom Blockieren abhalten wollen und wir bitten darum, sich im Vorfeld auf solche Gefahrensituationen einzustellen. Bildet bereits im Vorfeld Bezugsgruppen, diskutiert wie weit ihr gemeinsam gehen wollt und akzeptiert eure jeweiligen Grenzen. Nutzt unsere Vernetzung, bittet um Hilfe, wenn ihr nicht weiter wisst oder Unterstützung braucht und sorgt für eure größtmögliche Sicherheit. Das Verhalten der Stadt wie auch der Polizei im Vorfeld lassen uns wissen, dass wir, die diesen Aufmarsch verhindern wollen, bisher nicht auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung und Kommunalpolitik bauen können. Aber auch DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, das AWO-Jugendwerk Sachsen-Anhalt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, das Bündnis Studierende gegen Rechts, die Front Deutscher Äpfel Sachsen-Anhalt und die JUSOS Magdeburg rufen zu Blockaden auf! Das Interesse daran, diesen Aufmarsch stattfinden zu lassen, ist der Polizei wie den Nazis ein gemeinsames Anliegen. Die Diffamierung der BlockiererInnen als gewaltbereite Chaoten hat bereits begonnen. Für den OB Trümper wie auch das Bündnis gegen Rechts ist der Aufruf des Blockadebündnisses Magdeburg Nazifrei darum inakzeptabel, da mit diesem unkontrollierbare Gewalt einhergehe. Auf Erfahrungen aus Vorjahren kann sich dabei nicht bezogen werden. Das Schüren der Ängste in der Bevölkerung und Leserschaft der Lokalpresse vor jenen, die den Aufmarsch verhindern wollen, dient auch der Rechtfertigung von Polizeigewalt. Uns ist die Verantwortung für jene, die unserem Aufruf folgen, bewusst und wir werden die notwendige Infrastruktur und Versorgung stellen, damit ihr in uns verlässliche AnsprechpartnerInnen findet, die euch helfen können und in jedem Fall auch in der Nachbereitung solidarisch sind.

Prominente Unterstützung

Unterstützung erfährt das Bündnis von Kulturschaffenden wie dem Kabarettisten Lars Johansen und der Band A-Trio, wie auch Andre Weiskeller, Interpret des Songs „Magdeburg State of Mind". Aber auch Poetry-Slammer und Autoren wie Andy Strauß und Dominik Bartels zeichnen den Aufruf mit. Ebenfalls unterzeichneten neben den Szene-Bands „Feine Sahne Fischfilet" und „Früchte des Zorns" auch Musiker wie Hannes Wader und Udo Lindenberg. Der Schauspieler Björn Harras unterstützt die Mobilisierung mit einer Grußbotschaft und appelliert: „Kein Fußbreit dem Faschismus!" Marc-Uwe Kling, Autor, Kabarettist und Liedermacher, spendete seine Abendgage. Besonderer Dank gilt dem Rockmusiker, Maler und Schriftsteller Udo Lindenberg, der dem Bündnis ein mit „Nazifreies Magdeburg" überschriebenes Kunstwerk geschenkt hat.



Vorabenddemo am 11.1.2013 in Magdeburg

Für Januar 2013 planen die Nazis der so genannten „Initiative gegen das Vergessen" um Andy Knape (JN-Bundesvorsitzender) und Sascha Braumann (Blood & Honour), ihren alljährlichen Naziaufmarsch in Magdeburg durchzuführen. Bereits zum 14. Mal nehmen die Nazis die Bombardierung der Stadt Magdeburg im 2. Weltkrieg durch alliierte Kräfte zum Anlass, um ihre menschenverachtende und rassistische Politik auf die Straße zu tragen. Dem wollen wir mit allen Mitteln entgegentreten!

Einen Abend zuvor rufen wir euch auf, an unserer Vorabenddemo teilzunehmen. Damit geht es uns nicht nur ums Warmlaufen zum Naziaufmarsch am Samstag, sondern wir wollen die antifaschistischen, antirassistischen und solidarischen Inhalte in den Vordergrund rücken. Nach dem NSU-Skandal wurde wieder einmal deutlich, dass man sich nicht auf den Staat und ihre (rassistische) Polizei verlassen sollte und dass es um mehr gehen muss, als den reinen Kampf gegen Nazis. Während Nazis staatlich „subventioniert" werden und ihnen bei einigen ihrer Aufmärsche der rote Teppich von der Polizei ausgerollt wird, sehen sich AntifaschistInnen hingegen wiederholt mit den Repressionsbehörden konfrontiert. Nicht der Widerstand gegen menschenverachtende Propaganda der Faschos und ihrer Helfershelfer ist kriminell, sondern das System, das sie hervorbringt. Umso mehr gilt es weiterhin, einen wirkungsvollen antifaschistischen Selbstschutz in den Stadtteilen (und Städten) zu organisieren sowie eine linke Politik zu stärken, die den Kampf gegen jegliche Unterdrückungsverhältnisse mutig und selbstorganisiert in die eigenen Hände nimmt.

In diesem Sinne: Heraus zur antifaschistischen Vorabenddemo! Den Naziaufmarsch in Magdeburg verhindern!

Freitag | 11. Januar 2013 | 18 Uhr | Hauptbahnhof | Magdeburg

http://vorabenddemo-md.tk/

Auftaktkundgebung der Antifa Demo am 12.1.2013: Julius-Bremer-Straße

Die Demonstration startet 10.30 Uhr am Mahnmal für die alte Synagoge Magdeburgs (Julius-Bremer-Str.) in der Magdeburger Innenstadt. Die Demoroute führt unmittelbar am Hauptbahnhof, dem geplanten Auftaktkundgebungsort der Nazis, vorbei.

http://365tageoffensiv.blogsport.eu/ ■

Bewährung ausgesetzt. Fünf der übrigen Angeklagten wurden gemeinsam mit P. schon in einem früheren Prozess wegen schwerer Körperverletzung zu Haftstrafen von 18 Monaten bis zu drei Jahren (noch nicht rechtskräftig) verurteilt. Drei von ihnen wurden im nunmehrigen Prozess u. a. wegen der Nazi-Parolen, die sie in Zusammenhang mit den Gewalttaten gerufen hatten („SS, SA – Wir sind wieder da!"), und anderen neonazistischen Provokationen in der Öffentlichkeit zu bedingten Haftstrafen verurteilt. Die fünf restlichen Angeklagten, darunter die Brüder Christian und Stefan J., ebenfalls aus jungfreiheitlich-burschenschaftlichem Milieu stammend, wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die (milden) Urteile und (überraschenden) Freisprüche sind noch nicht rechtskräftig.

Neuer von ganz rechts Dezember 2012, www.doew.at ■

Naziaufmarsch am 1. Mai 2013 sabotieren, blockieren, verhindern!

Die Dortmunder Neonazis haben unter ihrem neuen Label als Partei „Die Rechte" einen Aufmarsch für den 1. Mai 2013 angemeldet. Es bestätigt sich also, was Antifaschist_innen schon mit dem Verbot des „Nationalen Widerstands" befürchteten. Die Reorganisierung der Rechten schreitet voran, und sie setzen ihre gewohnten Aktivitäten unter neuem Namen fort.

Sonja Brünzels, Sprecherin des Alerta!-Bündnisses dazu: „Wir haben immer betont, dass Repression gegen Neonazis kein Allheilmittel ist. Die Verbote, über die sich Innenminister Jäger und Bürgermeister Sierau so gefreut haben, verpuffen, und Dortmund steht vor einem neuen Problem: einer rechten Partei, die dem Schutz des Parteiengesetzes unterliegt."

Dass die Neonazis ihr altes Programm fortsetzen, ist überall zu sehen. Es gibt neue Internetseiten, die dieselben Funktionen haben wie die alten. Am gestrigen 8. November wurde wie in den vergangenen Jahren versucht, das Gedenken an die Reichspogromnacht in Dorstfeld zu stören. Und jetzt steht für das Frühjahr ein Großaufmarsch an.

Das Alerta!-Bündnis wird seine Aktivitäten gegen die Dortmunder Nazis fortsetzen und kündigt auch für den 1. Mai Proteste unter dem Motto „Naziaufmarsch sabotieren, blockieren, verhindern!" an. Sonja Brünzels hierzu: „Egal ob im September, am 1. Mai oder zu einem anderen Termin, wir werden es nicht zulassen, dass Nazis ungestört durch Dortmund marschieren." Sobald sich die Planungen der Neonazis konkretisieren, wird das Alerta!-Bündnis damit beginnen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu organisieren und den Nazis den 1. Mai damit so unangenehm wie möglich zu machen.

Quelle: http://alerta.noblogs.org (Antifaschistische Gruppen in NRW) ■

Krieg beginnt hier

Neuer Prozesstermin gegen AntimilitaristInnen in Bonn

Zur Eröffnung der Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011 besetzten AntimilitaristInnen im Rahmen der Kampagne „Krieg beginnt hier" Räume der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bonn, um gegen die Kriegskonferenz und gegen das Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu protestieren.

Die GIZ ist mit einem Umsatz von ca. 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2011 die größte „Durchführungsorganisation" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das derzeit von Dirk Niebel (FDP), ehemaliger Fallschirmjäger und Hauptmann der Reserve, geleitet wird. Am 7. Juni 2011 hatten GIZ und Bundesministerium für Verteidigung eine Vereinbarung zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Militär und Entwicklungshilfe unterzeichnet.

Am Dienstag, den 8. Januar 2013, findet nun vor dem Amtsgericht Bonn der zweite einer Reihe von Prozessen gegen AntimilitaristInnen statt, denen im Kontext der Aktion Hausfriedensbruch vorgeworfen wird. Unterstützt die Beschuldigten! Schafft Öffentlichkeit! Kommt zu den Prozessen!

Die Protestaktion:

Ein Großtransparent an der Außenfassade „Krieg beginnt hier" markierte am 2. Dezember 2011 die GIZ in Bonn Tulpenfeld als Ort, an dem die Einbindung vermeintlicher Entwicklungsarbeit in den Krieg in Afghanistan staatlicherseits vorangetrieben wird. Ähnliche Markierungen wurden offenbar auch in Fluren des Bürogebäudes angebracht. Aus einem der besuchten Büros ertönten Kriegsgeäusche, unterlegt mit Zitaten der KriegstreiberInnen Niebel und Merkel. AktivistInnen forderten über ein Mikro alle Nichtregierungsorganisationen auf, jegliche Kooperation mit der Bundeswehr zu verweigern und die Einladung der Bundesregierung zur Teilnahme an der Afghanistan-Konferenz (2.-4.12.2012) auszuschlagen. Im Rahmen der Protestaktion in den Räumen der GIZ wurden die Schreibtische der MitarbeiterInnen mit großen Tüchern verhüllt. Einige MitarbeiterInnen beendeten daraufhin ihren Arbeitstag vorzeitig. Die Reaktionen der MitarbeiterInnen reichten von vehementer Ablehnung bis zu unverhohlener Sympathie mit der Aktion. Viele bekundeten ihre Unzufriedenheit mit der in Folge der Fusion von GTZ, DED und InWent forcierten kriegsstrategischen Ausrichtung der GIZ-Politik.

Der Hintergrund:

Am 7. Juni 2011 hatten GIZ und Bundesministerium für Verteidigung eine Vereinbarung zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit unterzeichnet. Das BMVg fasste am selben Tag in einer Presseerklärung deren Inhalt wie folgt zusammen: „Wenn Entwicklungshelfer der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Einsatzländer der Bundeswehr gehen, bekommen sie Hilfe von den Soldaten vor Ort. Und wenn die Bundeswehr zukünftig in neue Einsatzländer aufbricht, können sie auf die Erfahrungen von Entwicklungshelfern zurückgreifen." Seit 2009 bilden Beamte der dt. Bundespolizei im Auftrag des Rüstungsunternehmens EADS in Saudi Arabien im Rahmen der „strategischen Partnerschaft" einen Teil der 32 000 Grenzpolizeikräfte in Überwachungstechniken, „Einsatzmaßnahmen", sicherer Waffenhandhabung usw. aus. Saudi Arabien wird international für die Anwendung der Todesstrafe und Verletzung von Menschen- und Frauenrechten kritisiert.

Ziel der deutschen Ausbildungshilfe ist lt. Bundesregierung u.a., „im grenzpolizeilichen Bereichen insbesondere der Bekämpfung der illegalen Migration in den



Nicht lange fackeln – Nazis blockieren!

13. Februar – kein Tag für Nazis

13. FEBRUAR IN DRESDEN
NICHT LANGE FACKELN
XXX
NAZIS BLOCKIEREN
WWW.DRESDEN-NAZIFREI.COM
FACEBOOK.COM/DRESDEN.STELLT.SICH.QUER | TWITTER.COM/DD_NAZIFREI

Seit vielen Jahren versammeln sich am und um den 13. Februar in Dresden Nazis zu einem sogenannten „Trauermarsch“. Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg verdrehen sie die Geschichte und nutzen den Mythos von der „unschuldigen Stadt“. Die Tradition des „stillen Gedenkens“ bietet den Nazis nach wie vor Anschlusspunkte. Sie verhindert, an diesem Tag aus der gesamten Breite der Dresdner Gesellschaft auf Nazis mit aller Vehemenz zu reagieren. Bis zum Jahr 2009 entwickelte sich der alljährliche Aufmarsch so zum größten Nazi-Ereignis in ganz Europa.

Eine wirksame Strategie gegen den Naziaufmarsch konnte erst 2010 mit dem Mittel der Massenblockade umgesetzt werden. Getragen von dem bundesweit und spektrenübergreifend agierenden Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ versperrten damals tausende Menschen die Route der Nazis.

Dieser Erfolg wurde 2011 wiederholt, und 2012 sagten die Nazis ihren Großaufmarsch dann gleich ganz ab. Vielmehr setzten weit über zehntausend Aktivist_innen auf einer der größten antifaschistischen Demonstrationen seit 1989 ein deutliches Zeichen: Der Großaufmarsch der Nazis in seiner bisherigen Form scheint Geschichte zu sein!

Doch gilt es weiterhin, aufmerksam zu bleiben. Wir als Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ werden wieder einschreiten, falls Nazis am 13. Februar 2013 erneut versuchen, die NS-Geschichte zu verklären. Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade. Umfragen zeigen: Die große Mehrheit der Stadtbevölkerung befürwortet es, wenn wir Nazis in Dresden blockieren. Bisher wurden die Kampagnen umfassend europaweit unterstützt. 2013 liegt die Verantwortung mehr denn je in Dresden. Stellen wir uns gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus! Stoppen wir die Nazis gemeinsam!

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ war von Beginn an mehr als ein reines Aktionsbündnis. Zur Erfolgsgeschichte gehört auch der Mahngang „Täterspuren“. Damit ist es uns gelungen, für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren und einen Kontrapunkt zur offiziellen städtischen Erinnerungspolitik zu setzen. Um den Geschichtsdiskurs in Dresden auch in Zukunft mit einer kritischen Perspektive zu begleiten, werden wir dieses Projekt fortführen.

Dem großen Engagement tausender Antifaschist_innen steht bis heute staatliche Repression entgegen. Immer noch laufen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, noch immer werden neue Strafbefehle erstellt. Diese Kriminalisierung erwächst aus der Extremismusdoktrin, welche antifaschistisches Engagement mit Naziaktivitäten gleichsetzt. Diese Ideologie ist umso skandalöser vor dem Hintergrund des Versagens des sogenannten Verfassungsschutzes und weiterer staatlicher Institutionen.

Für uns steht fest: Antifaschismus können wir nicht dem Staat überlassen! Wir stehen weiterhin zusammen gegen jeden Versuch autoritärer Einschüchterung.

Sagen, was man tut, und tun, was man sagt – dadurch war das Handeln des Bündnisses „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ die letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Wir wollen auch im Februar 2013 jeden Aufmarschversuch der Nazis blockieren. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. „Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Und es bleibt auch dabei: Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, Blockaden sind legitim.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

DNN, 19.6.2012 ■

Unterzeichnen könnt ihr hier:
http://www.dresden-nazifrei.com/index.php?option=com_content&view=section&layout=blog&id=8&Itemid=54&lang=de

---

Herkunfts- und Transitstaaten im Sinne einer Vorverlagerungsstrategie” zu dienen. Das Geschäft wird über die GIZ abgewickelt.

bundeswehr wegtreten ■

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

„Die Landesinnenminister müssen sich endlich dafür verbürgen, dass die von ihnen vorgelegten Beweismaterialien für ein NPD-Verbotsverfahren nicht durch V-Leute belastet ist. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser, um das nächste NPD-Verbotsverfahren nicht wieder in den Sand zu setzen“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „V-Leute Problematik im NPD-Verbotsverfahren”. Jelpke weiter:

„Die Innenminister- und -senatoren der Länder und der Bundesinnenminister haben demnach mit ihrem Beschluss vom 5. Dezember festgehalten, dass das vorgelegte Material V-Leute-frei ist. Doch eine vom Bundesinnenminister erbetene entsprechende Bestätigung wollten die Landesinnenminister nicht geben. Die Überprüfung der Quellenrelevanz erfolgte nach Angaben der Bundesregierung nicht mittels Offenlegung aller V-Leute in der NPD, sondern durch einen ‚offenen und vertrauensvollen Informationsaustausch’ zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Dieses Verfahren diente laut Bundesregierung dem Quellenschutz, also dem Schutz der Spitzel. Abgeschaltet wurden im Frühjahr auf Beschluss der Innenministerkonferenz nicht nur die Spitzel des Verfassungsschutzes, sondern auch die V-Leute der Polizeibehörden.

Bedenklich ist allerdings, dass die Bundesregierung weiterhin keine Angaben zur Anzahl der seit 2002 in der NPD und ihrem Umfeld eingesetzten V-Leute machen will, da dies ‚die Funktionsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden nachhaltig beeinträchtigen‘ würde. Es könnten dann ‚Rückschlüsse gezogen werden, wie und in welchen Parteiebenen die NPD vom Verfassungsschutz überwacht wird‘. Bekanntlich haben V-Leute die NPD nicht nur überwacht, sondern aktiv und in führender Stellung die hetzerische und

vielfach gewaltbefördernde Politik der Partei mit betrieben. Die Bundesregierung muss endlich offenlegen, wie tief die Geheimdienste in den braunen Sumpf verstrickt sind.”

Ulla Jelpke, MdB, 4.1.2013

Eine verpasste Chance

Die Deutsch-Italienische Historikerkommission empfiehlt keine Entschädigung für die ehemaligen italienischen Militärinternierten

Es wäre die Chance gewesen, den Regierungen von berufener Seite aus klarzumachen, dass eine Entschädigung für die ehemaligen Militärinternierten (IMI) längst überfällig ist – die IMI sind, das zur Erinnerung, vermittels eines völkerrechtlichen Taschenspielertricks von den Entschädigungszahlungen der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft ausgeschlossen worden. Die Historikerkommission hat dreieinhalb Jahre lang getagt und sich mit der deutsch-italienischen Kriegsvergangenheit und „insbesondere dem Schicksal der nach Deutschland deportierten Italienischen Militärinternierten“ beschäftigt. Nun ist der Bericht der Kommission veröffentlicht worden:

Auf dem Wunschzettel der Historiker stehen Gedenkstätten, Ausstellungen, Auskunftsstellen, eine deutsch-italienische Zeitgeschichtsstiftung, Forschungsstipendien und ein Übersetzungsfonds – an eine Entschädigung für die noch lebenden IMI hat wieder einmal niemand gedacht.

Es ist richtig und wichtig, der Opfer des Nazi-Terrors zu gedenken, zu denen auch die IMI gehören – mindestens genauso wichtig ist es aber, den Überlebenden Respekt und Anerkennung entgegenzubringen und zumindest ansatzweise Gerechtigkeit zu schaffen. Es ist traurig und für die deutsche Seite erneut peinlich, dass die Historikerkommission sich noch nicht einmal zu einem Appell an die deutsche Regierung durchringen konnte, den überlebenden IMI die Entschädigung zukommen zu lassen, um die sie bisher betrogen worden sind.

Dr. Jost Rebentisch
Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
www.nsberatung.de ■

Reichsbürgerbewegung – Esoterische Spinner und knallharte Nazis

„Wer den Holocaust leugnet und Drohschreiben an Migranten schickt, ist kein harmloser Spinner“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleinen Anfrage „Rechtsextreme Tendenzen in der sogenannten Reichsbürgerbewegung“. Jelpke weiter:

„Die in viele Sekten gespaltene Reichsbürgerbewegung leugnet die völkerrechtliche Legalität der Bundesrepublik und geht von einem Fortbestehen des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 aus. Viele Reichsbürger sind schlicht verhaltensauffällige Querulanten, die Behörden lahmlegen mit ihrer Weigerung, Steuern oder Bußgelder zu zahlen. Doch unter den Reichsbürgern und selbsternannten Reichsregierungen befinden sich auch knallharte Nazis, wie die Antwort der Bundesregierung zeigt. Hinsichtlich des Anteils von Rechtsextremisten geht die Bundesregierung „mit aller Vorsicht von einer unteren dreistelligen Zahl aus“. In der Reichsbürgerbewegung mischen so Anhänger des wegen Volksverhetzung inhaftierten Neonazis Horst Mahler und die Gruppe Neue Ordnung des langjährigen Naziaktivisten Meinolf Schönborn mit. Letztere ruft ihre Anhänger zum Beitritt zu Schützenvereinen und Kampfsportschulen auf. Aktivisten eines in mehreren Bundesländern aktiven „Deutsches Polizei Hilfswerks“ in polizeiähnlichen Uniformen versuchten Ende November 2012, einen Gerichtsvollzieher mit Handschellen zu fesseln. Eine „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“ verschickte 2012 Drohschreiben an islamische und jüdische Einrichtungen. Diese Reichsbewegung verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien im Internet und stellt eine Anleitung zur Führung von Guerillaoperationen zum Download bereit.

Zwar hat die Bundesregierung keine konkreten Hinweise über eine Radikalisierung einzelner „Reichsbürger“ hin zu gewaltsamen Handlungen. Doch die Reichsbürgerbewegung sollte nicht unterschätzt werden. Auch der norwegische Massenmörder Anders Behring Breivik, auf den sich manche Reichbürger positiv berufen, handelte aufgrund esoterisch anmutender Verschwörungstheorien. Laut Bundesregierung besteht „grundsätzlich ein Risiko, dass radikalisierte Einzeltäter ähnlich gelagerte Straftaten begehen könnten“, heißt es in der Antwort.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Was sich nur sozial anhört: Rechtsextreme und soziale Fragen

Wem die Forderung „Gleiche Löhne für gleiche Arbeit“ begegnet oder auch die Forderung nach einem Mindestlohn, dürfte zustimmend nicken, besonders dann, wenn sie oder er gewerkschaftlich organisiert ist. Wenn dann bei genauerem Hinsehen „für alle deutschen Beschäftigten in allen Branchen ein Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde“ gefordert wird, ist schnell klar, woher der Wind weht, nämlich von ganz rechts.

Seit einigen Jahren haben Neonazis die soziale Frage entdeckt und versuchen, sie für ihre Zwecke zu nutzen. Nun lassen sich die Forderungen schnell als Demagogie einordnen, nur sollte man es sich nicht zu einfach machen. Wenn die NPD zum Beispiel im Wahlkampf in Ostdeutschland mit einem „Sozialberatungsbus“ durch strukturschwache Regionen fährt, kann bei den Menschen durchaus der Eindruck entstehen, die Rechtsextremen würden sich um die Belange der Menschen kümmern.

Was von den Neonazis an konkreten Schritten vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als rassistische Propaganda. Arbeitsplätze sollen nur für Deutsche (oder auch Volksgemeinschaftsangehörige) zur Verfügung stehen. Gekoppelt wird das meist mit der Forderung nach einer „Ausländerrückführung“, was nichts anderes als Ausländer raus meint. Abgesehen davon, wie eigentlich hier deutsch definiert sein soll, ist die Behauptung, dass Migrantinnen und Migranten Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen natürlich Unsinn. In den Flächenländern mit den niedrigsten Anteilen an Zuwanderern – in Ostdeutschland – ist die Arbeitslosigkeit höher als im Westen, wo der Anteil an Migrantinnen und Migranten deutlich höher ist. Die rassistischen Verknüpfungen mit sozialen Fragestellungen widersprechen diametral gewerkschaftlichen Vorstellungen. In einer Broschüre des DGB Bayern heißt es dazu: „Gewerkschaften haben sich zusammengeschlossen als Organisation der Lohnabhängigen, gleich ob Ausländer oder Inländer, ob schwarz oder weiß, ob Christ oder Moslem, ob Mann oder Frau. Denn der Bezugspunkt für Gewerkschaftspolitik ist die Lohnarbeit, und eben nicht die Nationalität. Deshalb kann und wird es nie auch nur einen Berührungspunkt der Rechten mit dem DGB und seinen Gewerkschaften geben.“

Das dürfte auch den Rechtsextremen klar sein. Gewerkschaften werden von ihnen verteufelt. Sie hätten „ihre Daseinsberechtigung und die Interessen deutscher Arbeitnehmer längst verraten“ – so der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. In den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Rechten haben Gewerkschaften ohnehin keinen Platz. Die sind angelehnt an das nationalsozialistische Prinzip der „Betriebsgemeinschaft“, in der Arbeitnehmerrechte nichts zu suchen haben.

Informationen zur Sozialdemagogie von Rechtsextremen finden sich unter anderem in der Broschüre „Trittbrettfahrer der sozialen Frage“, die vom DGB-Bundesvorstand herausgegeben wurde (www.dgb.de), in der Broschüre „Rechtsextremismus in Bayern“ (www.bayern.dgb.de) oder auf der Seite www.aktiv-gegen-diskriminierung.info der ver.di-Jugend.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Dezember 2012/ Januar 2013“ ■

Wie man ‚soziale Bewegung' von Rechts initiiert

Rechte unterschiedlicher Schattierungen machen gegen Homosexuellen-Ehe mobil

„Liebe Deinen Nächsten": Es wäre den christlichen Kirchen in Frankreich sehr recht, wenn Ihre Anhänger diese biblische Aufforderung in nächster Zeit nicht allzu wörtlich nehmen würden. Oder, jedenfalls, wenn sie sich keine eigenmächtigen Auslegungen der Worte erlauben, die den Freunden der Tradition beim bloßen Gedanken daran Schauer über den Rücken treiben.

Teile des Klerus und seiner profanen Parteigänger wollen es nicht dabei bewenden lassen, für eine (hetero)sexuell korrekte Auslegung der Bibel zu sorgen. Es zieht sie auch auf die Straße, nachdem die sozialdemokratisch-grüne Regierung in Frankreich nun ernsthaft daran geht, Eheschlüsse von homosexuellen Paaren zu erlauben. Am 29. Januar 2013 soll der Gesetzesentwurf dazu ins Parlament eingebracht werden, nachdem das Kabinett ihn Anfang November 2012 abgesegnet hatte.

Der Einspruch der rechtskatholischen Abgeordneten Christine Boutin – deren Ruf hinlänglich prominent wurde, nachdem sie 1999 in der französischen Nationalversammlung eine Bibel schwenkte, um gegen die Einführung einer eingetragenen Lebensgemeinschaft unter dem Namen PACS zu protestieren – blieb dabei ungehört. Die frühere Präsidentschaftskandidatin und Wohnungsbauministerin unter Nicolas Sarkozy erklärte am 24. Dezember 2012 in einem Fernsehsender, das Problem stelle sich doch gar nicht, denn die Homosexuellen könnten ja bereits heute längst alle heiraten. „Nur nicht untereinander", fügte die Dame treuherzig hinzu. Auch katholische Reaktionäre können sich manchmal schlitzohrig geben. (Christine Boutins Ehemodell dürfte dabei allerdings in weiten gesellschaftlichen Kreisen nur eine sehr begrenzte Attraktivität entfalten. Denn einerseits ist die Dame seit Urzeiten mit ihrem leiblichen Cousin verehelicht – der arme Vetter!, könnte man freilich dazu denken. Zum Anderen aber führt sie in oben erwähntem Interview auch wörtlich aus: „Bei der Ehe geht es um die Hoffnung auf eine Geburt. Die Ehe hat mit Liebe überhaupt nichts zu tun.")

Modell: Massendemonstration von Rechts für die katholischen Privatschulen

Am Freitag, den 28. Dezember 2012 wurde darüber hinaus bekannt, dass der oberste Leiter der 8.300 katholischen Privatschulen in ganz Frankreich, Eric de Labarre, seine Untergebenen zur Mobilisierung gegen die „Ehe für Alle" – so lautet der offizielle Titel des Regierungsvorhabens – aufruft. Überall in den Bildungseinrichtungen des so genannten „freien Schulwesens" sollen das Gesetzesvorhaben und sein angeblich skandalöser Charakter debattiert werden. Dabei gehe es es darum, so de Labarre, dass „das Recht auf die Unterschiedlichkeit der Geschlechter" anerkannt werden müsse.

Auf indirekte Weise ruft er auch zur Teilnahme an den nächsten geplanten Demonstrationen auf, die sich gegen den Zugang von homosexuellen Paaren zur Institution der Ehe richten werden. Auch wenn er einen unmittelbaren Aufruf an Lehrer und Schüler zur Teilnahme dementierte. Das konfessionelle, überwiegend katholische, Privatschulwesen stellt im offiziell laizistischen Frankreich den zweitgrößten Schulzweig neben dem religiös neutralen öffentlichen Schulwesen dar und bildet circa ein Fünftel der Heranwachsenden aus. Im Gegenzug zur öffentlichen Schule sind die katholischen Privatschulen nicht kostenlos, sondern die jährliche Einschreibung ist mal mehr, mal weniger teuer. Deshalb dient die so genannte „freie Schule" auch zur Selbstreproduktion der Bourgeoisie über die Generationen hinweg. Viele dieser Privatschulen sind mit einem Vertrag an den Staat gebunden und zur Einhaltung bestimmter Lehrprogramme gezwungen, im Gegenzug wird das von ihnen verliehene Abitur allgemein als Schulabschluss anerkannt. Neben dem obligatorischen Lehrstoff können diese Einrichtungen frei ihre ideologischen Inhalte vermitteln. Etwa gegen das Recht von Homosexuellen auf Heirat wettern.

Theoretisch dürfte es so etwas in einem laizistischen Staat überhaupt nicht geben. Gibt es jedoch (weshalb man vielleicht auch die armen muslimischen Schülerinnen in Ruhe lassen sollte., denen man bei Kopftuchtragen eine Verletzung des Laizimus vorwerfen und die man – seit einem Gesetz vom 15. März 2004 – deswegen mit einem definitiven Schul-Ausschluss sanktionieren kann.) In der Praxis verbrannte sich die damalige sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung furchtbar die Finger daran, als sie 1984 mit vollem Recht versuchte, die Privilegien der katholischen Privatschulen einzuschränken und ihnen zumindest eine Subventionierung durch die öffentliche Hand vorzuenthalten. In einem Kontext, als die von der Regierungsbilanz enttäuschte und desillusionierte Linke auf der Straße sowie in den Betrieben in der Defensive steckte (und als französische KP & CGT in den Betrieben den „sozialen Gendarmen" für eine in weiten Teilen nach rechts umgeschwenkte Regierungspolitik abgaben, um für Ruhe zu sorgen), besetzte zum ersten Mal seit Juni 1968 die politische Rechte massenhaft die Straße. Rund zwei Millionen Menschen demonstrierten im Frühjahr 1984 „für die freie Schule". Zuerst ab März 1984 in vielen Städten – u.a. Versailles -, am 23. Juni 1984 dann frankreichweit bei einem zentralen Aufmarsch. Politiker der damaligen bürgerlichen Parteien RPR und UDF sowie des damals (bei den Europaparlamentswahlen vom 17. Juni 1984) soeben zur Wahlpartei mit Massenanhang aufgestiegenen, neofaschistischen Front National liefen vorneweg.

Konservative und faschistische Mobilisierung

Genau dieses Szenario zu wiederholen, davon träumen Rechte aller Schattierungen im Augenblick. Noch ist es nicht so weit, dass sie dazu in der Lage wären. Am 17. und 18. November 2012 fanden erste größere Mobilisierungen gegen die „Ehe für Alle" statt. Dabei konnten am ersten Tag in Paris zwischen 70 000 und 100 000, in ganz Frankreich rund 200 000 Leute mobilisiert werden. Den Aufruf trug dabei ein relativ breites Bündnis unter Anführung der als leicht verrückt geltenden katholischen Komikerin „Frigide Barjot" – das Pseudonym bedeutet ungefähr „Frigide Bescheuert" und veräppelt den Namen von Brigide Bardot. Die Allianz der Aufrufenden legte Wert darauf, offiziell nicht als homophob zu gelten. Deshalb wurde auch die Anwesenheit von einzelnen Homosexuellen, die ihr Desinteresse am Recht auf einen Eheschluss kundtaten, und von Angehörigen religiöser Minderheiten wie etwa Muslimen oder Juden betont. Diese Gruppen erschienen aber nur in geringer Zahl. Das Gros der Demonstranten stellten Menschen aus Kirchengemeinden sowie aus der bürgerlichen Rechten. Zahlreiche Abgeordnete der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP, der stärksten Oppositionspartei, nahmen teil.

Am zweiten Tag demonstrierte dagegen das offen antidemokratische, reaktionäre bis faschistische Spektrum. Auf Aufruf des katholisch-fundamentalistischen „Instituts Civitas", an dessen Spitze der frühere Sprecher des Front national belge –

der in Frankreich lebende belgische Staatsbürger und 42jährige Buchhändler Alain Escada – steht, kamen knapp 10 000 Menschen. Auch mehrere verschiedene rechtsextreme Parteien waren vertreten, darunter mehrere Abspaltungen des Front National wie der Parti de France (PdF) von Carl Lang. Auch der frühere Vizepräsident des FN als Hauptpartei der extremen Rechten, Bruno Gollnisch vom eher „traditionalistischen" Flügel, sowie der den „Identitären" nahe stehende Parlamentsabgeordnete Jacques Bompard, Bürgermeister von Orange, nahmen teil. Neben homophoben Argumenten wurden an diesem Tag auch nationalistische und bevölkerungspolitische („Frankreich braucht mehr Kinder, keine Homos") vorgetragen.

Rechts & Rechtsradikal: beide Stränge laufen zusammen

Bei der Vorbereitung der Demonstrationen vom 13. Januar 2013 zeigt sich nun eine andere Konstellation. Zu ihnen rufen bislang sowohl die bürgerliche UMP als auch das fundamentalistisch-faschistische respektive von Franco-Anhängern geleitete „Institut Civitas" auf. Auch wenn es bei der UMP einige leise Bedenken diesbezüglich gibt; so hatte die frühere Umweltministerin (und eher moderate Mitte-Rechts-Politikerin) Nathalie Kosciusko-Morizet alias „NKM" am Mittwoch früh, den 2.Januar 2012 im Radiointerview ein paar Vorbehalte angemeldet. Sie wolle erst die bei der Demonstration zu vernehmenden Slogans abwarten, um inhaltlich zu urteilen, kündigte sie an. Ferner machte die Politikerin geltend: „Bei einer solchen Demonstration, die eine große soziale/gesellschaftliche Bewegung darstellt (Sic!), ist es nicht unbedingt optimal, wenn politische Akteure in der ersten Reihe stehen." Ein impliziter Widerspruch dagegen, dass ihr augenblicklicher Parteichef Jean-François Copé schon seit längerem „die aktiven Mitglieder und Sympathisanten der UMP" dazu auffordert, „eine Schlüsselrolle für den Erfolg dieser Demonstration zu spielen".

Sowohl die UMP als auch finstere Antidemokraten wie das „Institut Civitas" rufen also für den 13. Januar 2013 auf. Aber, bisher jedenfalls, nicht der Front National. Die Hauptpartei der extremen Rechten wird dabei in gewisser Weise zwischen den Initiativen ihrer bürgerlichen Rivalen einerseits, der „Ultras" aus dem eigenen Lager andererseits in die Zange genommen. Parteichefin Marine Le Pen zögert erkennbar, zu einer Teilnahme aufzurufen. Einerseits möchte sie die Bemühungen um „Modernisierung" und „Entdämonisierung" im Erscheinungsbild ihrer Partei, die sich auch verstärkt um weibliche Wählerinnen und jüngere Generationen bemühen soll, nicht ruinieren.

Zum Anderen will sie vermeiden, den Eindruck zu erwecken, sie laufe Initiativen des großen Konkurrenten UMP hinterher, mit dem der FN sichtbar um gemeinsame potenzielle Wähler ringt. UMP-Parteichef Jean-François Copé ruft seit mehreren Wochen zu den Demonstrationen auf. Derzeit ist er allerdings der unpopulärste Politiker in ganz Frankreich; er löst in Umfragen stärkere Antipathiebekundungen hervor als Marine Le Pen, deren Namen normalerweise erheblich polarisiert. Und Copés aufgrund höchst wahrscheinlicher Manipulationen sehr umstrittene Wahl in den Parteivorsitz (vom 18.11.12) muss nun – nach einer jüngst getroffenen Vereinbarung mit seinem Rivalen François Fillon – im September 2013 wiederholt werden. Bis dahin wird Copé versuchen, aus seiner Isolierung herauszukommen, indem er möglichst viele spektakuläre Initiativen startet. Von ihm ist also mit weiteren Demoaufrufen gegen Homosexuellenehe, Ausländerwahlrecht und zu anderen „für Hetze geeigneten" Themen zu rechnen.

Beim Front National ist die eher zögerliche Position Marine Le Pens allerdings zunehmend umstritten. Ihr Vizechef Louis Aliot etwa wartet nicht ab, sondern hat in seinem persönlichen Namen längst seine Teilnahme angekündigt. Bislang galt gerade er als Vertreter einer jüngeren und „in sittlichen Fragen unverkrampften" Generation, da der promovierte Staatsrechtler ohne Trauschein mit der zweifach geschiedenen Marine Le Pen zusammenlebt. Am 26. November 2012 hatte er bereits in einem Interview auf Nachfragen, ob er die Gewalt am Rande der Demonstration des „Instituts Civitas" acht Tage zuvor verurteile, erklärt: „Nein. Ich verurteilte diejenigen, die diese Demonstration attackiert haben." Der rechtsextreme Aufmarsch war jedoch zu keinem Zeitpunkt körperlich angegriffen worden, sondern er war nur das Ziel symbolisch-satirischer Störaktionen – deren Teilnehmerinnen deswegen zum Teil krankenhausreif geprügelt wurden.

Auch der Gründervater der rechtsextremen Partei, Jean-Marie Le Pen, ruft explizit zur Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe auf. Dagegen zeigen sich manche jüngeren Mitglieder der Parteiführung eher reserviert, wie ihr Generalsekretär Steeve Briois oder das neue Vorstandsmitglied Florian Phlippot (zuvor Wahlkampfleiter für Marine Le Pen im Präsidentschaftswahlkampf), respektive um die 40 und um die 30. Philippot erklärte, eher als um die „Ehe für Alle" zu kümmern, müsse seine Partei sich stärker für das Thema „Arbeitsplätze für Alle" interessieren.

Inzwischen hat Florian Philippot sich sogar offen von denen, die eine Teilnahme an den Demonstrationen wünschen, abgesetzt. Am 2. Januar 2013 erklärte er: „Unsere Position ist sehr bekannt, wir sind gegen die Homosexuellenehe." Aber „die Verteidigung der Familie beschränkt sich nicht auf dieses eine Thema", fügte er hinzu. Ferner solle man vermeiden, über das Stöckchen zu springen, das die Regierung einem da hinhalte – wolle diese doch „nur von Florange (Anm.: dem drohenden Abbau in der lothringischen Stahlindustrie nach heftigem Hin und Her) sowie dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen ablenken". Da komme es, so Philippot, der Regierung nur recht, wenn alle sich auf die Homosexuellenehe fokussierten, weshalb man da nicht mitspielen solle. Zu den Differenzen in der eigenen Partei nahm er ebenfalls Stellung, und er versuchte, diese als Stärke darzustellen: „So sieht eine normale, erwachsene Partei aus, eine politische Partei mit lebendigen Diskussionen."

Auch die Pro-Seite ging auf die Straße

Am 26. Januar 2013 wollen dagegen die Befürworterinnen und Befürworter der „Ehe für Alle" demonstrieren. Zum ersten Mal in der bisherigen Auseinandersetzung waren sie in Paris und anderen Städten am 16. Dezember 2012 auf die Straße gegangen. In der französischen Hauptstadt waren sie damals rund 60 000. Auf Plakaten bekannten sich viele Teilnehmer als „solidarische Heterosexuelle", während Tausende von homosexuellen Paaren mit und ohne bei ihnen lebende Kinder im Zentrum der Demonstration liefen. Oder auch bekennende Eltern von Homosexuellen. Satirisch fragten viele Demonstrierende auf Schildern die Homophoben: „Bin ich etwa zu Eurer Hochzeit um meine Meinung gefragt worden?" Ein Demonstrant bekundete sarkastisch: „Auch ich will Unterhaltszahlungen – Scheidungsrecht für Alle!" Ein älteres heterosexuelles Paar tat kund: „Unsere 45 Jahre Ehe werden durch Eure Hochzeitspläne nicht gefährdet!" Auch progressive Katholik/inn/en, wie die linkschristliche Zeitschrift ‚Témoignage Chrétien' (mit einem Unterstützerflugblatt für die „Ehe für Alle") waren mit von der Partie.

Noch sind einige Punkte des künftigen Gesetzes ungeklärt. Außer Zweifel dürfte stehen, dass das Recht auf Eheschließung – neben dem weiterhin bestehende, eingetragene Lebensgemeinschaften einzugehen, oder auch ohne Trauschein zusammen zu wohnen – für homo- wie für heterosexuelle Paare geöffnet wird. Außer, wenn die Gegner wirklich Millionen dagegen auf die Straßen bringen, dürfte dies von ihrer Seite her kaum noch zu verhindern sein. Ein Scheitern oder Rückzug an dem Punkt ist höchst unwahrscheinlich. Unklar ist dagegen, ob auch das Adoptionsrecht für homosexuellen Paare oder das Recht auf künstliche Befruchtung durch das zukünftige Gesetz anerkannt wird. Präsident François Hollande ist dagegen. Allerdings war der notorisch kon-

Frankreich: Hungerstreik der Sans papiers in Lille

60 Tage sind überschritten

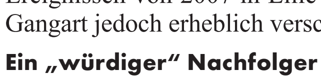
Der amtierende rechtssozialdemokratische Innenminister Frankreichs, Manuel Valls, bemüht sich nach vollen Kräften, zum „würdigen“ Nachfolger seiner rechten Amtsvorgänger zu werden. Dies bewies er jüngst im Umgang mit dem Hungerstreiks von Sans papiers – also „illegalen“ Einwanderern – im nordfranzösischen Lille, welcher seit dem 2. November 2012 andauert und bei Abschluss dieses Artikels kein Ende gefunden hat. Ursprünglich nahmen 125 Menschen, überwiegend aus Algerien, Guinea und Thailand, an der Hungerstreikaktion teil. Bei Redaktionsschluss waren es noch vierzig, u.a. weil einige Teilnehmer/innen nach den Befunden einer medizinischen Untersuchung vom 19. Dezember ihre Aktion abgebrochen hatten.

Am 58. Tag dieses Hungerstreiks ließ der Präfekt in Lille (d.h. der Vertreter des Zentralstaats und Leiter der Polizei- und Ausländerbehörden im Bezirk, der dem Innenministerium untersteht und weisungsgebunden agiert) zwei Teilnehmer am frühen Morgen in ein Flugzeug setzen und in ihr Herkunftsland Algerien verfrachten. Ahmed und Azzedine, so lauten die Vornamen der beiden, wurden dabei an den Händen gefesselt, geknebelt und ihr Mund wurde mit Klebeband zugebunden.

Pikanterweise wurde ihre Abschiebung am 30. Dezember 2012 durchgeführt, noch bevor der Appellationshof (d.h. das Berufungsgericht) im nordfranzösischen Douai über ihre Anträge auf Freilassung aus der Abschiebehaft entscheiden konnte. In erster Instanz hatten die Richter ihre Entlassung aus der Abschiebehaft angeordnet, doch der Präfekt hatte Berufung gegen die Entscheidung eingelegt und dadurch ihre Freilassung verhindert. Doch dann warteten die Behörden die Entscheidung des Gerichts nichts ab, sondern führten die Abschiebung einfach durch. Das ist theoretisch dann gesetzeskonform, wenn die erstinstanzliche Entscheidung zugunsten der Behörden ausfällt, da die Berufung (im Unterschied zur ersten Instanz) „keine aufschiebende Wirkung“ hat, also nicht die Aussetzung einer behördlichen Maßnahme erzwingt. Aber in diesem Falle hatte die Präfektur in erster Instanz verloren, ihre Abschiebeverfügung war also im Prinzip illegal. – Infolge des weit fortgeschrittenen Hungerstreiks (sowie ihres Transports zum Gericht in Douai in reiseunfähigem Zustand, für einen der beiden) waren die beiden Algerier körperlich erheblich geschwächt. Nach ihrer Ankunft in Tizi Ouzou – in der Berberregion Algeriens – wurden die beiden in medizinische Behandlung genommen. Einer der beiden liegt seitdem, bis Redaktionsschluss dieses Artikels, im dortigen Krankenhaus.



Lille ist seit langen Jahren ein Zentrum von harten Kämpfen der „illegalisierten“ Traditionen. Auch Hungerstreiks – eine Aktionsform, die durch viele Unterstützer/innen der Sans papiers, u.a. die Gewerkschaften im Kern eher abgelehnt wird – haben dort eine gewisse „Tradition“. Im Herbst 1998 fand dort bereits ein längerer Hungerstreik statt (Vgl. dazu auch http://jungle-world.com/artikel/1998/49/34010.html). Im Jahr 2007 ein weiterer, auf den die damalige Rechtsregierung zum ersten Mal mit Abschiebungen während eines laufenden Hungerstreiks antwortete, vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd0907/t230907.html – Bis dahin hatten auch rechte Regierungen gegenüber hungerstreikenden Sans papiers i.d.R. keine, potenziell gefährlichen, Abschiebungen vorgenommen. Der erste kollektive Hungerstreiks von „papierlosen“ Einwanderern, im Sommer 1996 in der Pariser Kirche Saint-Bernard, war zwar am 50. Tag durch das Eindringen von Polizeikräften in die Kirche abgebrochen worden. Allerdings wurde damals niemand abgeschoben, sondern die rund 300 Teilnehmer/innen an dieser ersten Protestbewegung der Sans papiers – auf die alle anderen zeitlich nachfolgten – wurden durch die Regierung de facto (ohne größeres Aufsehen darum erregen zu wollen) „legalisiert“. Also mit Aufenthaltstiteln ausgestattet, wie sie zuvor gefordert hatten. Seit den Ereignissen von 2007 in Lille wurde die Gangart jedoch erheblich verschärft.



Ein „würdiger“ Nachfolger

Seit dem Amtsantritt des rechten Sozialdemokraten Manuel Valls im Innenministerium (Mai 2012) trat dieser in vielfacher Hinsicht in die Fußstapfen seiner rechten Vorgänger. Er beließ in Lille den vom rechten Innenminister Claude Guéant ausgesuchten und im April 2011 eingesetzten Präfekten, Dominique Bur, im Amt. (Sicherlich konnte er nicht alle Präfekten auf einmal auswechseln, allerdings ihnen klar Dienstanweisungen zur künftigen „Ausländerpolitik“ erteilen. Was im Übrigen auch geschah, aber eben nicht im Sinne einer deutlichen Änderung...)

---

senssüchtige Politiker persönlich ohnehin im Vorhinein gegen den ganzen Gesetzentwurf. Er war jedoch durch seine Partei und später durch seine Parlamentsmehrheit dazu genötigt worden, sich des Themas anzunehmen, um wenigstens eine progressive Reform auf der Tagesordnung stehen zu haben, nachdem das Thema Ausländerwahlrecht auf die längere Bank geschoben wurde. Nunmehr sollen die Abgeordneten über die noch offenen Fragen entscheiden, wie Hollande ankündigte: „Das Parlament ist souverän.“

Die französische Öffentlichkeit ist gespalten, laut einer jüngsten Umfrage waren 58 Prozent der Befragten für das Prinzip der „Ehe für Alle“ (doch zwei Drittel sind laut Umfrageergebnissen vom 3. Januar 2013 auch für eine Volksabstimmung zum Thema). Allerdings sind besonders die konservativ- bis reaktionär- katholischen Milieus zu dem Thema so mobilisiert wie zu kaum einem anderen, geht es doch in ihren Augen darum, ein „Sakrament“ anzutasten. Die Auseinandersetzung dürfte sich also vorläufig nicht beruhigen. Die politische Rechte aller Couleur wird den Konflikt als Steilvorlage nutzen, um in der Opposition neue Energien zu finden.

Bernard Schmid, Paris ■

Auch frankreichweit wurde die Abschiebepolitik seines Vorgängers weitgehend bruchlos fortgesetzt. Um den Jahreswechsel 2012/13 verlautbarte, dass die Abschiebezahlen für das abgelaufene Jahr einen neuen Rekordweit von mutmaßlich gut 33 000 durchgeführten „Entfernungen vom Staatsgebiet“ erreichen, also einen höheren Wert als noch im Vorjahr 2011 unter einer strammen Rechtsregierung (damals 32 922). Sicherlich ist Manuel Valls erst für die Bilanz seit Mai des Jahres verantwortlich, doch lässt sich kein Bruch im Zwischenzeitraum feststellen.

Am 28. November 2012 erließ Valls allerdings eine Dienstanweisung in Gestalt einer so genannten Circulaire, eines ministeriellen Rundschreibens an die Präfekten, zum Umgang mit den „illegalen“ Einwanderern. Es sieht eine Einzelfall-„Legalisierung“ unter Anlegen von präzisen Kriterien vor, und unterscheidet sich dadurch nicht wirklich vom Herangehen der Vorgängerregierungen, die ebenfalls „von Fall zu Fall“ unter Zuhilfenahme eines Kriterienkatalogs „legalisiert“ hatten. Der damalige rechte Innenminister Nicolas Sarkozy erteilte etwa im Sommer 2006 rund 7000 Eltern in Frankreich eingeschulter Kinder auf diese Weise Aufenthaltstitel. Manuels Valls’ Rundschreiben sieht ebenfalls eine „Legalisierung“ der Familien schulpflichtiger Kinder vor, unter der Bedingung, dass diese seit mindestens drei Jahren permanent eingeschult sind. Ferner werden in Frankreich arbeitende (also auch Sozialabgaben, oft auch Steuern zahlende) Sans papiers „legalisiert“, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen.

Dazu gehört, dass sie sich seit mindestens fünf Jahren im Land aufhalten müssen und in den letzten beiden Jahren mindestens acht Monate sozialabgabenpflichtiger Tätigkeit – unter Vorlage von Lohnzetteln – nachweisen können. Nun arbeiten zwar fast alle Sans papiers; zumal sie ja keinerlei Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung oder andere Sozialleistungen haben. Aber eben nicht alle mit offiziellen Lohnzetteln und unter Abführung von Sozialabgaben durch ihren „Arbeitgeber“.

Wollen Letztere doch oftmals ihre Situation ausnutzen, um sie in unerklärte Beschäftigungsverhältnisse ohne Einzahlung in die Sozialkassen zu zwingen. Dies trifft nicht in allen Fällen zu; es gibt etwa auch Situationen, in denen zwar der Aufenthalt in Frankreich „illegal“ ist, aber nicht das Beschäftigungsverhältnis als solches. (Es konnte beispielsweise eingegangen werden, indem dem Arbeitgeber der Aufenthaltstitel einer anderen Person vorgezeigt wurde, und/oder indem der Arbeitgeber beide Augen zukniff, auch wenn er sich seit 2007 im Falle der Beschäftigung eines „illegalen Ausländers“ im Prinzip strafbar macht.) Doch werden faktisch viele, auch arbeitende, Sans papiers durch diese Dienstanordnung aus dem Innenministerium vom Zugang zu Aufenthaltstiteln ausgegrenzt.

Darauf war, und ist, der Hungerstreiks von Lille die Antwort. „Aus humanitären Gründen“ versuchen die Teilnehmer/innen, ihre Legalisierung durch die Erzeugung von öffentlichem Druck zu erzwingen.

Doch fällt dieser Druck bislang so schwach aus wie selten – kein Vergleich zu der breiten (auch gewerkschaftlichen) Unterstützungsbewegung für die Sans papiers, die es etwa im Jahr 1996 gegeben hat. Ihre Aktion in Lille erscheint bislang relativ isoliert, zumal viele Unterstützer/innen die Aktionsform des Hungerstreiks nicht gutheißen, sondern eher bspw. Streiks wie die in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführten favorisieren. (Was im Prinzip nicht falsch ist. Allerdings können nur jene „illegalisierten“ Einwanderer am Arbeitsplatz streiken, in deren Unternehmen dies vom Kräfteverhältnis her möglich ist, weil mehrere Beschäftigte daran teilnehmen.)

Insbesondere die gewerkschaftliche Unterstützung fällt derzeit ausgesprochen schwach aus. Auch wenn die Union départementale – also der Bezirksverband – der CGT im Bezirk Nord (wo Lille liegt) am 3. Januar 2013 einen Brief mit eindeutiger Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden an den Präfekten schrieb, und ihn auch veröffentlichte. Auch einzelne andere Gewerkschaftsverbände, wie die CGT in Conflent (Südwestfrankreich) Ende Dezember 2012 oder die Gewerkschaft im Bildungswesen FSU, unterstützten inzwischen ihre Forderungen. Allerdings fällt das Gewicht der gewerkschaftlichen Unterstützung insgesamt mager aus. Und frankreichweit ist die selbstorganisierte Bewegung der Sans papiers in den letzten Jahren weitaus eher zersplittert als einheitlich.

Aktionen

Um die bislang vorhaltende Isolierung zu überwinden, fanden in den letzten Tagen einige teilweise spektakuläre Aktionen statt. Am Freitag, den 28. Dezember 2012 demonstrierten zunächst 200 Personen in Paris aus Solidarität mit den Hungerstreik, am 29. Dezember dann rund 500 In Lille. Am Sylvestertag fand am Vormittag eine Besetzung der ‚Nonciature apostolique’ – das ist die Botschaft des Vatikan – in Paris durch rund 40 Sans papiers und Unterstützer in Paris statt. Am Nachmittag wurde die Besetzung durch die Polizei geräumt, und alle Teilnehmer/innen wurden in Polizeifahrzeugen abtransportiert, im Anschluss jedoch nicht festgehalten.

Am 3. Januar 2013 wurde in Paris versucht, die Parteizentrale der regierenden „Sozialistischen Partei“ in der rue Solférino zu besetzen. Rund 20 Teilnehmer/inne/n gelang es, in den Innenhof des Gebäudes zu kommen. Acht weitere ketteten sich an den Gittern fest. Drinnen wurden sie nach starkem Drängen durch Berater des (seit November 2012 amtierenden) Parteivorsitzenden, und früheren Chefs von SOS Racisme, Harlem Désir empfangen. Er selbst weilte offiziell im Urlaub. Diese Berater verpflichteten sich, „die mitgeteilten Informationen ins Innenministerium weiterzugeben“ und sich für eine régularisation (d.h. „Legalisierung“) der Betreffenden stark zu machen. Allerdings erklärte die Partei im Nachhinein in der Presse (Le Monde), für die Erfüllung dieser Forderung sei sie nicht zuständig. Die Teilnehmer/innen an der Aktion, die draußen von mehreren Hundert Menschen erwartet wurden, gaben an Ort und Stelle ebenfalls eine Pressekonferenz, unter starker Aufmerksamkeit der Medien. Ungefähr zeitgleich wurde in Lille das dortige Rathaus, wo Martine Aubry – von Ende 1998 bis Ende 2012 Parteivorsitzende der französischen „Sozialisten“ – als Bürgermeisterin amtiert, vorübergehend besetzt. Den Teilnehmer/innen an der Aktion wurde eine spätere Diskussion mit Martine Aubry zugesagt. Am Samstag, den 5. Januar demonstrierten wiederum rund 300 Menschen in Lille, unter Beteiligung des progressiven (und vom Vatikan geschassten) Bischofs Jacques Gaillot, und rund 200 in Paris.

Die Präfektur hatte sich Anfang Januar 2013 dazu verpflichtet, die Hungerstreikenden am Mittwoch, den 9. Januar zu empfangen und „ihre Dossiers zu untersuchen“. Dann befinden sich die Teilnehmer/innen am 69. Tag ihres Hungerstreiks, wobei einige von ihnen – bei ihrer Bitte um medizinische Behandlung im Krankenhaus – anscheinend gegen ihren erklärten Willen durch Infusionen ernährt worden sind, um akute Zuspitzungen ihrer gesundheitlichen Situation abzuwenden respektive ihre Blutwerte scheinbar zu verbessern. Viele von ihnen haben 20 Kilogramm Gewicht verloren.

Die Präfektur spricht jedoch bislang stets nur von „angeblichem Hungerstreik“ und „nach eigenen Angaben Hungerstreikenden“ und stellt dadurch die Wirklichkeit der Verweigerung von Nahrungsaufnahme in Frage. Im Widerspruch dazu steht allerdings, dass die Präfektur in Erklärungen vom 24. Dezember und vom 3. Januar die („angeblichen“) Hungerstreikenden dazu aufforderte, ihre Aktion abzubrechen, weil diese laut Mitteilung des Präfekten „unnötig ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzt“. Bei einem nur angeblichen Hungerstreik eigentlich ein unnötiger Hinweis...

Aufgrund der zu erwartenden Zuspitzung werden die kommenden Tage in jedem Fall entscheidend werden.

Bernard Schmid, Paris ■

Keine Abschiebungen

GRÜNE fordern Wintermoratorium

Die Landtagsgrünen haben heute (17.12.) gefordert, dass besonders schutzbedürftige Angehörige der Roma und anderer ethnischer Minderheiten während der Wintermonate nicht in den Balkan abgeschoben werden. „Mehrere Bundesländer haben ein solches Abschiebemoratorium erlassen. Das niedersächsische Innenministerium sollte sich diesem humanitären Akt anschließen“, sagte die migrationspolitische Sprecherin Filiz Polat in Hannover. Derzeit müssten über 2000 Personen allein in Niedersachsen mit ihrer Abschiebung in den Kosovo rechnen.

Ein derartiger „humanitärer Abschiebungsstopp“ sollte nach Ansicht der Grünen-Politikerin insbesondere für Alte, Kranke, Pflegebedürftige, Alleinerziehende, Familien mit Kindern und alleinreisende Frauen gelten.

Quelle: Pressemeldung Filiz Polat Bündnis 90/Die Grünen ■

Wintererlass bietet keinen ausreichenden Schutz

Rückkehr mit warmen Jacken und Heizkostenzuschuss?– Wintererlass bietet keinen ausreichenden Schutz für Minderheiten aus dem Balkan

Der gestern (19.12.) vom rheinland-pfälzischen Integrationsministerium vorgelegte Erlass zum Thema „Rückführung in den Wintermonaten“ bleibt weit hinter den Erwartungen der Flüchtlingsinitiativen zurück.

„Wir begrüßen zwar, dass grundsätzlich für alle Herkunftsländer vor einer Rückführung in den Wintermonaten geprüft werden soll, ob diese für die Betroffenen eine besondere humanitäre Härte darstellt“, sagt Siegfried Pick für den AK ASYL. „Flüchtlinge müssen allerdings selbst darlegen, worin in ihrem konkreten Fall die besondere Härte besteht. Wir müssen befürchten, dass an dieser hohen Hürde nicht wenige Flüchtlinge scheitern“, so Pick.

Der Erlass stellt die Entscheidung in das Ermessen der örtlichen Ausländerbehörden. Sie entscheiden allein, wer geduldet und wer zur Ausreise gedrängt wird.

Die Ausländerbehörden könnten damit argumentieren, dass schlechte Wetterbedingungen und damit verbundene schlechte Versorgung und Verkehrsanbindung keine besondere, sondern eine allgemeine Härte darstellen. Auch was die Wohnraumsituation und die Möglichkeit der Beheizung angeht, ist es problematisch, dass die Flüchtlinge eine besondere Härte nachweisen müssen. So ist ja im Asylverfahren das Vorliegen eines Abschiebeverbotes wegen erheblicher konkreter Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit (§ 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG) bereits verneint worden.

Statt die Abschiebung auszusetzen, kann es nach dem Erlass auch genügen, die Rückkehrer vor der Ausreise mit Winterkleidung und Heizkostenhilfe auszustatten.

Der Erlass-Teil ist ein „zahnloser Tiger“. Die „zahmen“ Ausländerbehörden haben nunmehr eine Bestätigung ihres humanitären Handelns und die Hardliner können weiterhin abschieben, da sie lediglich „gebeten“ werden, humanitäre Härten zu vermeiden.

Wir stellen fest: Der Erlass bietet für die Angehörigen der ethnischen Minderheiten aus den Balkanländern keinen ausreichenden Schutz. Humanität muss eindeutiger geregelt werden.

Wir fordern nach wie vor von der Landesregierung eine klare Regelung zum Schutz von Flüchtlingen während der Wintermonate, wie den Bundesländern Thüringen und Schleswig-Holstein angeordnet worden ist:

Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge müssen auch in Rheinland-Pfalz bis Ende März 2013 vor Abschiebung nach Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien geschützt werden.

Quelle: Presseerklärung Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz 20.12.2012 ■

Internationale Wochen gegen Rassismus

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr vom 11. bis 24. März statt.

Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Das Materialheft ist bereits erschienen. Unter der Überschrift „Wie es ist! – Realitäten von Rassismus“ werden in mehreren Beiträgen verschiedene Seiten deutschen Alltags beleuchtet. In einem weiteren Kapitel werden – so der Titel – „Strategien zur Überwindung von Rassismus“ behandelt. Schließlich liefert das Materialheft Daten und Fakten zu Asyl und Migration sowie weitere Informationen.

Das Heft sowie weitere Materialien können heruntergeladen werden unter: www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2013“ 1.1.2013 Nds. Landtag 17.12.2012 ■

Hessen lockert Residenzpflicht

Die hessische Landesregierung hat Mitte November die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber aufgehoben. Das Kabinett schloss sich damit einem Entwurf von Innenminister Boris Rhein (CDU) an, wie ein Sprecher des Ministeriums in Wiesbaden mitteilte. Die Residenzpflicht legt im jeweiligen Bundesland fest, dass sich Asylbewerber nur in dem Regierungsbezirk oder Landkreis, in dem sie untergebracht sind, aufhalten dürfen. Für ein Verlassen dieses Gebietes ist jedes Mal eine Sondergenehmigung nötig. In folgenden Bundesländern wurde die Residenzpflicht bereits gelockert: Sachsen, Thüringen, Bayern, Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (vgl. Ausgabe 2/12, 1/11, 10/09). Die hessischen Regierungsparteien CDU und FDP sprachen von einem Meilenstein für die Integration. Zudem würde damit Bürokratie abgebaut. Weiterhin nur mit Sondergenehmigung ist die Reise in andere Bundesländer möglich.

Quelle: netzwerk migration in europa 30.12.2012 ■

Der polizeigemachte Tod Oury Jallohs bleibt unaufgeklärt

Erstes Resümee der Prozessbeobachtung nach der Urteilsverkündung

Das heute mündlich ergangene Urteil betrifft lediglich das letzte Glied einer polizeibewirkten Ereigniskette rund um den Verbrennungstod Oury Jallohs: Nämlich die Frage, ob der damalige Dienstgruppenleiter Oury Jalloh hätte retten können, hätte er gleich auf den ersten Feueralarm reagiert. Da der Todeszeitpunkt Oury Jallohs auch in diesem Verfahren nicht genau bestimmt werden konnte, lässt sich folglich die Spanne der möglichen Rettungszeit nicht rekonstruieren. Insofern wurde der angeklagte Dienstgruppenleiter wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe verurteilt. Die von Anfang an einseitig ermittelnde Staatsanwaltschaft und die 1. große Strafkammer des Landgerichts Magdeburg haben folgenreich versagt. Beide haben nicht alles gerichtlich Mögliche unternommen, um aufzuklären, wie der Brand überhaupt hatte entstehen können. Das nun verkündete gerichtliche Urteil deckt den polizeigemachten Tod Oury Jallohs voreilig zu – mit dem offenkundigen Ziel, den öffentlichen Skandal, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch im Polizeigewahrsam verbrennt, endlich rechtsstaatlich zu befrieden. Mit dieser gerichtlichen Entscheidung wird allerdings in erster Linie die Polizei in Sachsen-Anhalt geschützt. Das Unrecht, der Feuertod Oury Jallohs bleibt politisch und strafrechtlich folgenlos.

Das Fazit unserer Beobachtung des fast zweijährigen Revisionsprozesses nach 66 Verhand-lungstagen:

Erstens: Das Gerichtsverfahren hat gezeigt, die Feststellung der Identität Oury Jallohs, seine Festnahme durch die diensthabenden Streifenpolizisten, die Blutentnahme durch den Polizeiarzt, seine Fesse-

lung und Isolation in der Zelle Nr. 5 sowie der verlängerte Freiheitsentzug auf Anordnung des Dienstgruppen-leiters des Polizeireviers Dessau-Rosslau ohne richterliche Entscheidung, entbehrten jegliche Rechtsgrundlage. Die damals gültige Gewahrsamsordnung wurde missachtet. Dieses widerrechtliche polizeiliche Gewalt- und Zwangshandeln führte ursächlich zum Verbrennungstod Oury Jallohs. Darum: ein polizeigemachter Tod.

Zweitens: Selbst die Staatsanwaltschaft räumt inzwischen ein, dass die Annahme, Oury Jalloh habe das Feuer selbst gelegt, nur eine unter anderen möglichen Annahmen sei. Selbst dieses Zugeständnis der Staatsanwaltschaft am vorletzten Verhandlungstag täuscht noch die Öffentlichkeit. Denn inzwischen lassen es zu viele Indizien, zu viele offensichtliche Ungereimtheiten im gerichtlich rekonstruierten Geschehensablauf als unwahrscheinlich erscheinen, dass Oury Jalloh seinen Tod selbst herbeigeführt habe. Weiterhin unbeantwortet bleibt die aufklärungszentrale Frage, wie Feuerzeugreste, die sich nicht bei der ersten Spurensicherung, sondern erst nachträglich bei den Asservaten angefunden haben, einem Feuerzeug zugeordnet werden können, das in der Gewahrsamszelle gewesen sein soll. Zumal an eben diesen Asservaten weder DNA-Spuren des Opfers noch Faserspuren seiner Kleidung oder der Matratze festgestellt werden konnten. Diesen und vielen weiteren neuen Indizien, die das Revisionsverfahren zutage förderte, gingen Staatsanwaltschaft und Gericht nicht nach. Widersprüche zwischen Zeugenaus-sagen, die den ungeheuerlichen Verdacht nähren, dass Polizisten den Brand gelegt haben müssten, wurden nicht aufgelöst.

All dies zusammen mit der Tatsache, dass zahlreiche Beweismittel verschwunden sind, die Polizeibeamten, die an jenem Tag ihren Dienst versahen, im Gerichtssaal eine kollektive Amnesie demonstrierten oder sich in haltlosen Lügen und Vertuschungen übten, erweist sich im Nachhinein als erfolgreiche Strategie der Polizei- und ihrer Kontrollbehörden im Innenministerium Sachsen-Anhalts. Gericht und Staatsanwaltschaft setzten ihr nichts entgegen.

Vor diesem Hintergrund muss sowohl der 1. Große Strafkammer des Magdeburger Landgerichts als auch dem Oberstaatsanwalt mangelndes Aufklärungsinteresse vorgehalten werden. Der Verlauf auch des zweitinstanzlichen Revisionsverfahren war keineswegs vom Rechtsanspruch der Familie Oury Jallohs auf eine rückhaltlose Aufklärung des Feuertodes ihres Angehörigen bestimmt, sondern vorrangig vom Bestreben, Schaden von der Polizei und ihren Aufsichtsbehörden des Landes Sachsen-Anhalt abzuwenden.

Welche Wirkung wird das Urteil entfalten? Die Kontrolle über staatlich ausgeübte Gewalt hat versagt. Staatsanwaltschaft und Gericht sind ihrer vornehmsten Aufgaben in der gewaltenteiligen Demokratie nicht nachgekommen. Dieses Fazit ist zu allererst für Flüchtlinge, Asylsuchende oder die Black Community mit gravierenden Folgen verbunden. Sicherheit nämlich, dass Opfer rassistischer oder anderer un-rechtmäßiger Polizeigewalt staatsanwaltschaftlich und gerichtlich geschützt werden, gibt ihnen das Urteil nicht. Im Gegenteil: Es bestätigt vielmehr, dass staatlicher Schutz vor allem dem Handeln der Polizei garantiert ist, selbst dann noch, wenn dieses unrechtmäßig war und tödliche Folgen hatte.

Schaden genommen hat, nun auch mit dem heutigen Urteilsspruch, die rechtsstaatlich verfasste Demo-kratie und die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Für die Familie Oury Jallohs kann das verkündete Urteil weder den Rechtsfrieden herstellen noch die Wunden heilen. Nicht nur lässt es offen, wer für den Tod ihres Angehörigen letztlich verantwortlich ist, es verletzt zusätzlich die Würde des verlorenen Sohns. Das Gericht und die Staatsanwaltschaft hielten bis zum Schluss an der These fest, dass das Opfer seinen Tod selbst herbeigeführt habe. Nicht genug damit, dass Oury Jalloh eine tödlich verlaufende Be-handlung durch die Polizei erfuhr, Gericht und Staatsanwaltschaft beließen es systematisch im Ungewis-sen, ob ihm nicht selber eine Schuld am eigenen Verbrennungstod angelastet werden müsse.

Dass der polizeigemachte Tod Oury Jallohs gerichtlich nicht aufgeklärt wurde, zeigt die Grenzen dieses strafrechtlichen Verfahrens auf, in dem nicht nur ein einzelner Polizeibeamter auf der Anklagebank saß, sondern „die Polizei", genauer das Polizeirevier und – indirekt – das zuständige Dessauer Polizeipräsidi-um sowie das politisch verantwortliche Innenministerium Sachsen-Anhalts.

Das offenkundige Versagen der Gewaltenkontrolle, d. h. der gerichtlichen Kontrolle von staatlichem Gewalthandeln muss der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland Anlass zur Sorge sein. Denn die institutionellen Strukturen der Polizeiarbeit, in denen ein Übermaß an Gewalt und Diskriminierung nisten, bleiben durch das Urteil unangefochten und wirken fort.

Dirk Vogelskamp, Prozessbeobachter des Grundrechtekomitees

Quelle: Pressemitteilung Internationale Liga für Menschenrechte – Komitee für Grundrechte und Demokratie 13.12.2012 ■

Griechenland: Zunahme rassistischer Gewalttaten

Das UNHCR beklagt massive rassistisch motivierte Gewalttaten in Griechenland. Das geht aus einem am 23. Oktober veröffentlichten Bericht der griechischen Sektion des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) hervor. In der Zeitspanne von Januar bis September 2012 sind 87 Fälle rassistischer Gewalt gegen Ausländer dokumentiert, so das UNHCR. Die Vorfälle werden im Zusammenhang mit der weiterhin schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Griechenland gesehen (vgl. Ausgabe 7/12, 5/12). Premierminister Antonis Samaras (Nea Demokratia, konservativ) kündigte unterdessen die Außerkraftsetzung der erleichterten Einbürgerung von Migrantenkindern an. Bislang konnten diese die Staatsbürgerschaft erlangen, wenn sie in Griechenland geboren sind, Griechisch sprechen und mindestens sechs Jahre eine griechische Schule besucht haben. Ende November wurden alle Einbürgerungsgesuche eingefroren. Das Innenministerium arbeitet nun an einem neuen, härteren Einbürgerungsgesetz.

Quelle: Netzwerk migration in europa dezember 2012 ■



Petition gegen „Racial/Ethnic Profiling“ geschlossen

Racial Profiling ermöglicht der Polizei, Menschen nur aufgrund von Äußerlichkeiten wie der Hautfarbe zu kontrollieren und gegebenenfalls auch zu durchsuchen und abzuführen. Der Einsatz für die Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins geht weiter. Über 12 000 Menschen haben in den letzten vier Wochen gegen die Maßnahme diskriminierender Polizeikontrollen die Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages unterschrieben. Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) zeigen sich sehr zufrieden und planen weitere politische Schritte ihrer Kampagne „Stoppt Racial Profiling“.

Die Praxis der gezielten Kontrolle von Menschen aufgrund äußerer Merkmale ist mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes nicht vereinbar. Das hat das Oberverwaltungsgericht in Koblenz im Oktober 2012 mit seiner Entscheidung deutlich gemacht. Um dieses Phänomen langfristig einzudämmen, haben die ISD und das BUG eine Petition gegen ‚Racial/Ethnic Profiling' durchgeführt, die am Dienstag 18. Dezember zu Ende geht. Weit über 12 000 Menschen haben sich der Forderung, das Bundespolizeigesetz zu überarbeiten, angeschlossen und möchten das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) angepasst wissen.

„Das AGG verbietet Menschen zu diskriminieren. Staatliches Handeln – wie beispielsweise die Arbeit der Polizei – unterliegt jedoch bislang nicht diesem Gesetz. Dies sollte bald möglichst geändert werden“, erklärt Vera Egenberger vom BUG. „Schwarze Menschen in Deutschland sind viel zu lange mit rassistischen Stereotypen belegt worden. Das sehr gute Ergebnis der Petition und die Solidarisierung von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und die Unterstützung durch parlamentarische Abgeordnete zeigt, dass ‚Racial/Ethnic Profiling‘ als Problem endlich wahrgenommen wird.“ sagt Tahir Della von der ISD.

Nun streben die beiden Organisationen an, dass sich der Petitionsausschuss des Bundestages des Themas annimmt. Auch im Kreise der Nichtregierungsorganisationen sind weitere Vorhaben geplant. Diese werde sich im Januar 2013 treffen, um weitere gemeinsame Handlungsoptionen zu besprechen. Beispielsweise ist eine Tagung zur rassismusfreien Polizeiarbeit, Schwerpunktwochen zu „Racial Profiling“ in Frankfurt und weitere Klagen vor Gericht vorgesehen. „Es braucht ein öffentliches Bewusstsein. Rassismus ist nicht nur ein Problem der Betroffenen, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt werden“, so die Organisationen.

Quelle: http://www.stoppt-racial-profiling.de ■

Hürden bei Bildung und Ausbildung: mangelnde Anerkennung

Ende letzten Jahres veranstalteten zwei Gewerkschaften Tagungen zu migrationspolitischen Themen: Die IG Metall traf sich zu ihrer 9. Bundesmigrationskonferenz und die IG BCE zu ihrer 42. Recklinghäuser Tagung.

Hier wurde deutlich, dass beim Zugang zu Bildung und Ausbildung Migrantinnen und Migranten größere Hürden zu überwinden haben als Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft.

Das Vorstandsmitglied der IGM, Christiane Benner, verwies mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund darauf, dass „Diskriminierung die Erwerbsbiografien von immerhin rund 20 Prozent der Bevölkerung“ begleitet. Das reicht von ungerechten Bildungschancen im dreigliedrigen Schulsystem bis zu einer strukturellen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Die IG BCE forderte ein zukunftsfähiges Bildungswesen, das Kinder aus materiell benachteiligten Familien nicht frühzeitig aussortiert. Der Zugang zu Bildung dürfe nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen, so der stellvertretende IG BCE-Vorsitzende, Ulrich Freese. Denn dies benachteilige oft Kinder aus Migrantenfamilien.

Auf eine bemerkenswerte Konstellation wies die IG Metall hin. Wenn in den Unternehmen Fachkräfte fehlen, versuchen sie diese im Ausland anzuwerben, anstatt denjenigen, die hier sind, eine Chance zu geben, einen Abschluss nachzuholen. Dies verweist auf eine mangelnde Wertschätzung der vielfältigen Menschen, die hier sind. Eine solche fehlende Anerkennung erleben und empfinden Zuwanderer oft sehr persönlich. Als im Jahr 2009 einer Umfrage zufolge über ein Drittel der türkeistämmigen Akademiker und Studierenden in Betracht zog in die Türkei auszuwandern, wurde als ein zentraler Grund mangelndes Heimatgefühl genannt. Dies wiederholt sich auch auf der politischen Ebene und äußert sich zum Beispiel in dem fehlenden kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige oder auch in der Optionspflicht.

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2013“ 01.01.2013 ■

Verbände fordern Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge

Wirklichkeitsfremde Beschränkungen müssen endlich überwunden werden Seit November 2008 arbeiten der Flüchtlingsrat Niedersachsen, die Handwerkskammer Hannover, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer-/innen, die Migrantenselbstorganisation kargah e.V. sowie die Erwachsenenbildungsträger ARBEIT UND LEBEN Nds. Mitte und die Volkshochschule Celle in verschiedenen Projekten und Netzwerken zur Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen eng zusammen. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen appellieren wir an Politik und Verwaltung, bestehende Hürden für die Arbeitsaufnahme von Asylsuchenden und geduldeten Menschen abzubauen und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs vorzunehmen: Die bestehenden gesetzlichen Barrieren und Hindernisse erscheinen vielfach kontraproduktiv und wirklichkeitsfremd. „Flüchtlinge stoßen bei der Arbeitssuche immer wieder auf gesetzliche Hürden wie Wartezeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Um mehr Arbeitskräfte gewinnen zu können und die Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen zu überwinden, sollten solche Hürden überwunden werden. Flüchtlinge wollen auch in Deutschland gleichberechtigt behandelt werden“, erläutert Ahmet Güler, Vorsitzender des „Bundes Türkisch-Europäischer Unternehmer-/innen (BTEU)“. Hartmut Tölle, DGB-Landesvorsitzender, ergänzt: „Alle Menschen, die in Deutschland leben, brauchen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Nur wenn die Erwerbsquote von Flüchtlingen steigt und sie stärker in den Arbeitsmarkt einbezogen werden, haben diese eine Chance auf eine menschenwürdige Perspektive.“ Norbert Grehl-Schmitt, Vorsitzender des Flüchtlingsrats Niedersachsen, freut sich, dass alle im Landtag vertretenen Parteien die Unterstützung der Forderung nach einer Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs mittlerweile auch schriftlich zugesagt haben. „Es wird endlich Zeit, dass Flüchtlinge in ihren Integrationsbemühungen unterstützt werden, also ihre Teilnahme an Sprachkursen und die Aufnahme von Arbeit ermöglicht und damit die erzwungene Abhängigkeit von staatlicher Hilfe beendet wird. Deshalb sollte eine gesetzliche Initiative für eine rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt in der kommenden Legislaturperiode schnell und unbürokratisch auf den Weg gebracht werden.“

Quelle: Presseinformation Niedersächsischer Flüchtlingsrat u. a.vom 19.12.2012 ■

Asylbewerberdatenbank

Polizei darf auf EURODAC zugreifen

Mit großer Mehrheit von Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen hat sich der Innenausschuss des Europaparlaments heute dafür ausgesprochen, dass künftig neben Einwanderungsbehörden auch die Polizei auf die Datenbank EURODAC zugreifen darf. In der Datenbank sind die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU gespeichert. Die

Grünen lehnen den Polizeizugriff auf die Fingerabdrücke von Asylbewerberinnen und -bewerbern ab.



Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europaparlament, Ska Keller, kommentiert:

„Dass die Polizei künftig die Fingerabdrücke von Asylbewerbern mit Spuren von Tatorten abgleichen darf, ist ein Desaster für den Datenschutz und für die Rechte von Flüchtlingen. EURODAC ist eingerichtet worden, damit Einwanderungsbehörden Asylsuchende eindeutig identifizieren können, etwa um Doppel-Asylanträge zu vermeiden. Dass die Fingerabdrücke jetzt auch von der Polizei für ganz andere Zwecke – zur Verfolgung schwerer Straftaten und Terrorattacken – genutzt werden können, kommt einem Ausverkauf von Datenschutzrechten gleich. Ausgerechnet Menschen, die in Europa Schutz vor Verfolgung suchen, werden so in eine Reihe gestellt mit Schwerverbrechern.

Alle Datenschützer und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen laufen Sturm gegen den Polizeizugriff auf EURODAC. Da können die Befürworter des Polizeizugriffs noch so sehr betonen, dass die Polizei nur unter strengen Auflagen auf die Daten zugreifen darf. Die Stoßrichtung bleibt die gleiche: Menschen, die in Europa Schutz vor Verfolgung suchen, geraten unter den Generalverdacht, potentielle Straftäter zu sein.“

Weitere Informationen: http://www.ska-keller.de/neues-aus-dem-libe-ausschuss/item/598-libe-spezial-zu-eurodac

Quelle: Pressemitteilung franziska.keller@europarl.europa.eu Brüssel 17.12.2012 ■

Abschreckungspolitik statt unvoreingenommener Prüfung von Asylanträgen

Zahlreiche internationale Berichte dokumentieren, dass Roma und Angehörige anderer Minderheiten in Serbien und Mazedonien umfassender rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. In scharfem Kontrast dazu steht die Anerkennungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das asylsuchende Roma aus diesen Staaten hastigen Schnellverfahren unterzieht und ihre Anträge rigoros als unbegründet ablehnt.

Mit der Situation der Betroffenen in den Herkunftsstaaten hat diese Entscheidungspraxis wenig zu tun: Das BAMF vollzieht an den Schutzsuchenden den politischen Willen von Bundesinnenminister Friedrich. PRO ASYL fordert das Bundesinnenministerium auf, das BAMF seine Aufgabe machen zu lassen: Asylgesuche unvoreingenommen und sorgfältig zu prüfen.



Roma werden in Serbien und Mazedonien häufig so stark diskriminiert, dass ihnen grundlegende Rechte verweigert werden. Viele Roma werden im Gesundheitssystem mit Diskriminierung konfrontiert, was ihren Zugang zu medizinischen Dienstleistungen beeinträchtigt. Ihre Kinder werden häufig in Sonderschulen oder Sonderschulklassen gesteckt, nur weil sie Roma sind. Die Erwachsenen haben meist keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, viele müssen sich mit Tätigkeiten wie dem Sammeln von Altmetall durchs Leben schlagen. In Serbien leben etwa 60 Prozent der geschätzten 450 000 Roma in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen, 30 Prozent der Roma in Serbien haben noch nicht mal Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Friedrichs Behauptung, dass die Schnellverfahren, die nach Angaben des BMI in weniger als zehn Tagen über Asylgesuche von Menschen aus Serbien und Mazedonien entscheiden, „unter Wahrung sämtlicher Verfahrensgarantien und Qualitätskriterien“ stattfänden, ist höchst zweifelhaft. Wenn Asylsuchende Schnellverfahren unterzogen werden, weil ihnen von vornherein pauschal Asylmissbrauch unterstellt wird, zeigt dies bereits, dass eine unvoreingenommene Prüfung nicht stattfindet. Zudem ist die Vorstellung, eine niedrige Anerkennungsquote dokumentiere, dass in dem betreffenden Staat keine relevanten Fluchtgründe vorlägen, eine selbsterfüllende Prophezeiung, die eine individuelle Prüfung von Asylgesuchen verhindert.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 14. Dezember 2012 ■

Stadt Göttingen schafft Gutscheine ab

Der Anfang zur Abschaffung von Gutscheinen in Niedersachsen ist gemacht!

Die Stadt Göttingen kündigt an, ab 2013 für AsylbewerberInnen Geld statt Gutscheine auszuzahlen, zwar mit Einschränkung „sofern das Innenministerium nicht widerspricht“, trotzdem ist diese Ankündigung gar nicht hoch genug zu bewerten, macht sie doch deutlich, dass die Kommunen nun aktiv werden können, um politischen Äußerungen, Gutscheine für Flüchtlinge abschaffen zu wollen Taten folgen zu lassen.

Die geplante Änderung der Auszahlungspraxis wird mit der Entscheidung des Sozialgerichts Hildesheim vom 12. Dezember begründet, wonach Grundleistungen zur Sicherung des physischen Existenzminimums für Personen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, in Form von Bargeld ausgezahlt werden sollen.

Äußerst wichtig: Rechtsanwalt Sven Adam weist darauf hin, dass es keinen Erlass seitens der Landesregierung gibt, der besagt, dass Leistungen nach § 3 Abs. 2 AsylbLG tatsächlich nur als Wertgutscheine ausgezahlt werden sollen, wenn keine Sachleistungen gewährt werden. Innenminister Schünemann habe in der Vergangenheit lediglich seine Rechtsauffassung geäußert, wenn er z.B. auf Beschlüsse von Stadt- oder Kreisräten, Gutscheine abschaffen zu wollen, reagierte.

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des SG Hildesheim und weiterer ähnlicher zu erwartender Entscheidungen niedersächsischer Sozialgerichte sowie der Pressemitteilung des Innenministeriums vom 14.12.2012, wonach das MI es grundsätzlich den Kommunen überlasst, in welcher Form die Nachzahlungen getätigt werden, steht den Kommunen m.E. nichts im Wege, dem Beispiel der Stadt Göttingen zu folgen und zukünftig ebenfalls auch sämtliche Leistungen zur Sicherungen des physischen Existenzminimums als Bargeld auszuzahlen.

Im Übrigen hat der Landkreis Göttingen angekündigt, die Nachzahlungen nach AsylbLG in Form von Bargeld zu tätigen, wenn das Innenministerium zustimmt. Eine ausdrückliche Zustimmung dürfte aber nicht nötig sein (siehe oben).

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 18.12.2012 ■

Protest gegen die deutsche Kriegs- und Mordpolitik

Donnerstag, 10.1.2013, ab 8 Uhr, Köln, Domplatte.

KÖLN: Am Donnerstag, 10. Januar 2013, wird Kardinal Meisner im Kölner Dom ab neun Uhr seinen jährlichen Soldatengottesdienst halten und die derzeitige Entwicklung der deutschen und der Nato-Kriegspolitik absegnen. Mit dabei wird Minister de Maiziere sein. Die deutschen Militärmachthaber sind mit der Türkeistationierung endlich da, wohin sie schon immer (wieder) wollten: im Nahen Osten.

Kardinal Meisner wird sich bemühen, seines Gottes Segen für diesen neuen Standort herabzuflehen.

Schluss mit dieser Kriegspolitik!

Über 1800 KünstlerInnen in Deutschland gegen Patriot-Einsatz in der Türkei!

Wenn sie wieder ein Mandat beschließen…

Wenn sie wieder ein Mandat beschließen, erzählen sie uns, dass es zur Verteidigung von Menschenleben notwendig ist.

Am Ende gibt es dann zehntausende Tote, zerstörte Städte und Dörfer, verseuchte Erde – und gelegentlich neue Erdöltrassen.

Wenn sie wieder ein Mandat verlängern, erklären sie uns, dass es um Menschenrechte und Demokratie geht.

Dagegen haben die Vertreter der deutschen Rüstungskonzerne, die mit dem Export ihrer todbringenden Waffen in Kriegführende Länder an der Weltspitze liegen, allein die Börsenwerte ihrer Unternehmen im Blick.

Wenn sie wieder ein neues Mandat wollen, begründen sie es damit, dass es ihnen um die Solidarität mit einem anderen NATO-Land geht.

Sie verstehen unter „Solidarität" allerdings nur die Kumpanei unter Räubern, die sich in einem überflüssigen Militärbündnis zusammenfinden.

Wenn sie wieder ein neues Mandat vorbereiten, sagen wir NEIN zu diesem neuerlichen Verstoß gegen Völkerrecht und Menschenrecht.

Wenn sie wieder ein neues Mandat wollen sagen wir NEIN zu Lügen und Schandtaten in unserem Namen, NEIN zu diesem Weg in einen mörderischen Krieg.

Gegen den Patriot-Einsatz an der türkisch-syrischen Grenze!

Wir, KünstlerInnen, Kulturschaffende und Unterzeichnerinnen der bundesweiten Künstlerinitiative www.unruhestiften.de protestieren entschieden gegen den geplanten Einsatz von Patriot-Raketen in der Türkei!

Mit der Friedensbewegung fordern wir die Abgeordneten des deutschen Bundestages auf: Sagt NEIN, lasst Waffen und Soldaten in den Kasernen!

Vielmehr muss endlich alles getan werden, den Konflikt in Syrien mit politischen Mitteln zu befrieden.

Wir, KünstlerInnen und Kulturschaffende, unterstützen die Friedensbewegung bei Aktionen gegen den geplanten Patriot-Einsatz.

Über 1800 KünstlerInnen und Kulturschaffende, andere Persönlichkeiten und Organisationen haben seit Sommer 2009 den bundesweiten Aufruf www.unruhestiften.de unterzeichnet.

Es ist ein Aufruf gegen rechts, gegen die Abwälzung der Krisenfolgen und für die Umverteilung von oben nach unten, gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung – und für die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Die Unterschriftensammlung geht zeitlich unbegrenzt weiter.

Wir, KünstlerInnen und Kulturschaffende, unterstützen die Friedensbewegung bei Aktionen gegen den geplanten Patriot-Einsatz. Lasst uns gemeinsam gegen den Krieg Unruhe stiften!

PM– 2012-12-15
www.Unruhestiften.de

Muslime und wie sie gesehen werden

Eine ablehnende Haltung gegenüber „dem Islam" ist in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet. Die undifferenzierte Betrachtung sorgt für ein Bedrohungsempfinden, das von bestimmten Kreisen noch geschürt wird.

Eine sachliche Diskussion und Betrachtungsweise ist deshalb längst überfällig. Abhilfe soll hier eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) schaffen, die sich mit ausgrenzenden Islam- und Muslimbildern auseinandersetzt und analysiert, in wie weit diese die „tatsächlichen Integrationsverläufe der Zuwanderung" negativ beeinflussen. Obwohl in Deutschland ein verhaltener Optimismus gegenüber Zuwanderung und Vielfalt herrscht, steht Deutschland gleichzeitig im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe, wenn es um Islamfeindlichkeit geht. Dieses Paradoxon lässt sich überspitzt wie folgt darstellen: Vielfalt ja, aber ohne Muslime.

Fünf Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind Muslime. Diese werden jedoch, laut Studie, im Bezug auf Zugehörigkeit weit gehend ausgeschlossen. Dabei beherrschen sowohl Unterwanderungsund Islamierungsängste, als auch fehlende Emanzipation und Frauenunterdrückung das Bild. Diese äußern sich dann in konkreten Debatten um das Kopftuch, den Terrorismus oder gewalttätige Jugendliche. Diese Vorurteile sind stark ausgeprägt und weit verbreitet. Unter dem Deckmantel der „Integrationsdebatte" sickern diese Stereotypen vermehrt auch in die Mitte der Gesellschaft ein. Gerade die Mitte der Gesellschaft ist jedoch für eine gelungene Integration von zentraler Bedeutung.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich das stark defizitär geprägte öffentliche Bild „der Muslime" in Deutschland nicht mit dem Sachstand der tatsächlich messbaren Integrationserfolge, wie sie von Forschungseinrichtungen und -instituten erhoben und analysiert werden, deckt.

Die Studie kann auf der Seite der Friedrich-Ebert-Stiftung heruntergeladen werden: www.fes.de

Quelle:„Forum Migration Januar 2013" 1.1.2013

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

„Jüdische Oligarchen infizieren den gesunden Volksorganismus“

zuerst!, Januar 2013

Der Antisemitismus, der im 19. Jahrhundert entstandene Hass gegen Juden aus rassistischen Gründen, war eine der konstituierenden Elemente der Naziideologie. Aus diesem Grund kann er als ein Kriterium dienen, um zu überprüfen, ob eine Gruppierung, eine Weltanschauung, eine Lehre oder eben auch eine Zeitschrift nur reaktionär ist oder ob sie an das geistige Erbe des deutschen Faschismus anknüpft. ZUERST!, wird von seinen Machern als „patriotisch“ bezeichnet, als „deutsche(s) Nachrichtenmagazin“ aber natürlich nicht als „nationalsozialistisch“. Auch wenn die NS-Diktatur immer wieder relativiert, manchmal sogar rechtfertigt wird, bildet sie nach außen keinerlei inhaltlichen Bezugspunkt, wird nicht offen propagiert.

„Vorsicht Wohltäter – Soros, Gates und die Oligarchen“ heißt das Titelthema der Januarausgabe, illustriert durch einen Koffer voller Euronoten und Dollarscheine. Nun dürfen natürlich sowohl der Spekulant Soros als auch der Microsoft-Gründer Gates und schon gar die diversen russischen Oligarchen kritisiert werden, doch fällt bei der Lektüre der Titelgeschichte, die von DIRK REINARTZ, CARSTEN FROMM und BERNHARD RADKE stammt, eines auf: Kritisiert werden nicht Spekulanten oder Konzernchefs sondern jüdische Spekulanten und Konzernchefs (die einzige Ausnahme bildet dabei Michail Chodorkowski). Lassen wir die genannten Autoren im Original zu Wort kommen.

Es beginnt mit Edgar Bronfman (sen.) bzw. dessen Söhnen, allesamt kanadische Unternehmer. Der Senior „hatte von seinem Vater die Leitung des Seagram-Konzerns übernommen, der so bekannte Spirituosen-Marken wie Chivas Regal, Martell oder Captain Morgan, aber auch Mumm-Sekt herstellt… Daneben war der umtriebige Konzernlenker von 1979 bis 2007 auch Präsident des Jüdischen Weltkongresses“. Der nächste ist „Peter Lewis, der Vorsitzende des Versicherungskonzerns Progressive Insurance, (er) gehört laut der Online-Ausgabe des Schweizer Magazins Aufbau zu den vier jüdischen Philantropen, die jüngst das Spendenversprechen unterzeichnet haben“. Weiter geht es mit Nicolas Berggruen, „der umtriebige Finanz-Investor,… hierzulande vor allem als ‚Mister Karstadt‘ bekannt. Der weltweit aktive Berggruen ‚geht jedoch auch seine eigenen wohltätigen Wege‘, wie die linke taz weiß. ‚Neben der Unterstützung des jüdischen Museums in Berlin forciert und finanziert er einen Think-Tank, dem unter anderem der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder angehört. Hier sollen die Mächtigen in Regierungen beeinflußt werden‘“.

Genannt wird weiter George Soros: „Der 1930 in Budapest als Sohn einer jüdischen Familie geborene Soros wurde 1992 weltweit bekannt, indem er die europäischen Währungen ins Chaos stürzte“. Gehen wir nach Russland und zu „Leonid Newslin. Der ebenfalls mit Milliardeneinsatz am Erdölkonzern Jukos beteiligt war. Nach der Verhaftung seines Geschäftspartners im Jahr 2003 flüchtete Newslin nach Israel, wo er umgehend zum Philantrpen mutierte...“. „Nach Israel zog es ebenfalls den Oligarchen und früheren Jelzin-Vertrauten Wladimir Gussinski, der zuvor mit Schwarzmarktgeschäften und später seiner Most-Bank ein Vermögen gescheffelt hatte“. Der Reigen endet mit einem Österreicher: „Einen Bogen um Israel macht dagegen Martin Schlaff, der ebenso umtriebige wir rätselhafte ‚Austro-Oligarch‘ (News.at), obwohl ein Teil seiner Familie dort lebt. Nicht einmal zur Beerdigung seines Vaters Chaim reiste Schlaff, dessen Vermögen auf 2,25 Milliarden Euro geschätzt wird, im April 2010 ins gelobte Land“. Jüdische Oligarchen, wer dächte da nicht an die „jüdische Hochfinanz“ der Nazis?

Aber die Genannten sind ja nicht nur reich und Juden (von einer Religionszugehörigkeit ist übrigens in ZUERST! nirgendwo die Rede – wir können also davon ausgehen, dass für die Autoren das „jüdische Blut“ das entscheidende Kriterium ist), sondern sie führen etwas im Schilde. Was, das wird am Beispiel George Soros deutlich gemacht: „Deshalb fördert Soros dort (in den ehemals sozialistischen Staaten Europas – tri) all das, was im Westen längst Alltag ist: Schwule und Lesben, Feministinnen, ethnische Minderheiten (besonders Zigeuner), Abtreibung, Drogenfreigabe – die komplette links-emanzipatorische Agenda. Dabei verläßt er sich in allen post-kommunistischen Staaten ‚auf die Söhne und Töchter des alten kommunistischen Establishments, bei denen kaum Gefahr besteht, daß sie von den atavistischen Resten des heimischen Bodens, der heimischen Kultur und Tradition ‚vergiftet’ werden, analysiert der Geopolitik-Experte Srdja Trifkovic“.

Dieser Experte, „serbisch-amerikanischer Hochschullehrer und Autor“ erläutert im Interview genauer, seine Weltsicht. Auf die Frage „Was ist mit der Bildungsarbeit der Soros-NGOs?“ antwortet er: „Schulbücher und Lehrplan-Reformen, die von diesen Organisationen vor allem in Osteuropa mit durchgesetzt werden, vertreten die Theorie der ‚universellen Menschenrechte’ und einer homogenisierten, weltweiten ‚Kultur’. Es handelt sich um eine universelle Gleichheitsideologie, die zwar ständig über ‚Diversität’ spricht, aber genau das Gegenteil vertritt: eine sozio-technologische Monokultur. Die Vision von Soros steht allen gewachsenen Unterschieden feindlich gegenüber. Er glaubt, das traditionelle Werte wie Moral, Glaube und Gemeinschaft – die alle auf einem gemeinsamen Kollektivgedächtnis basieren, verboten gehören.“.

Ähnlich sieht das LEONID SAVIN, „Chefredakteur des russischen Magazins Geolpolitika … (und) Angehöriger des Zentrums für konservative Forschung an der soziologischen Fakultät der Staatlichen Universität Moskau“. Savin benutzt sogar zwei klassische Nazi-Metaphern: „Den Liberalismus dorthin zu exportieren, kommt der Infektion eines gesunden Organismus mit einem Virus gleich. Die Krankheit kann diesen Organismus schwächen oder sogar töten, aber er kann auch ein Gegengift produzieren … Der Westen unterstützt aber solche Oligarchen nur dann, wenn sie diese westlich-liberale Ideologie teilen. Daß sie gleichzeitig parasitär auf Kosten des russischen Volkes leben, spielt dabei keine Rolle“. Parasitär auf Kosten des Volkes lebende jüdische Oligarchen, die mit liberalistischer Ideologie einen gesunden Volksorganismus schädigen – das ist Nazi-Ideologie pur. Die ZUERST!-Autoren und ihre Interviewpartner spielen sich dabei geschickt in die Hände – was die einen nicht sagen wollen, sagen die anderen.

tri ■